

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten der Stadt Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Verkaufsb. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72206 — Postfachkonto Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Berlin in Leipzig.**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72206

Anzeigenpreise: Die 10. Spalte, Kolonellzeile 35 Pf., bei Platzvorschrift 40 Pf. Stellenangebote 10. Spalte, Kolonellzeile 25 Pf. Familiennachrichten von Privatpersonen 10. Spalte, Kolonellzeile mit 50% Nachsch. Reklamazeile 2 Pf. Inserate v. ausm.: die 10. Spalte, Kolonellzeile 40 Pf. bei Platzvorschr. 50 Pf., Reklamazeile 2.25 Pf.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Sozialistischer Wahlsieg in Schweden.

76 Mandate bei den Provinzialwahlen gewonnen.

SPD. Berlin, 14. Oktober (Radio).

Am Mittwoch sind nach fast vierzehntägiger Ausrechnung die Wahlergebnisse der Provinzialwahlen in Schweden bekanntgegeben worden. Die Sozialdemokratie hat 76 Mandate gewonnen. Sie hat jetzt 444 Sitze inne. Die Freisinnigen und die Bauernpartei haben sich mit je 160 Sitzen ungefähr behauptet. In den Verlust teilen sich die Konservativen, die 43 Sitze verloren, und die Liberalen und Kommunisten, die mit 21 und 14 Sitzen jede Bedeutung verloren haben.

Weber die Beherrschung der Provinzparlamente hinaus haben diese Wahlen noch eine große politische Bedeutung. Die erste Kammer wird aus Vertretern der Provinzen zusammengesetzt. Damit hat zum zweitenmal seit 1924 die Sozialdemokratie in ein Volkswort der Reaktion eine mächtige Brezche geschlagen.

Über die Bedeutung der schwedischen Provinzialwahlen sandte unser Stockholmer Korrespondent den folgenden Aufsatz, der nach vor der Bekanntgabe des endgültigen Ergebnisses geschrieben wurde:

Gr. Ein komplizierter Apparat ist aufgebaut worden, um der fortschrittlichen zweiten schwedischen Kammer eine erste Kammer als konservatives Element entgegenzustellen. Noch komplizierter ist das Wahlverfahren, das als Ergebnis eine möglichst konservative erste Kammer geben soll, kompliziert ist auch das Zusammenrechnen der Stimmen. Die Wahl zur ersten Kammer ist eine indirekte. Die Mitglieder zur ersten Kammer werden vor allem von den Provinziallandtagen gewählt, aber nicht alle auf einmal, sondern teilweise jedes Jahr ein Viertel der Mitglieder. Diese Provinziallandtage werden wie die Stadtverwaltungen alle vier Jahre neu gewählt. Die Wahl zu den Provinziallandtagen und Stadtverwaltungen ist also eine Vorwahl zur ersten Kammer. Aber infolge des komplizierten Verfahrens wählt nur die Hälfte der neugewählten Provinziallandtage und Stadtverwaltungen während ihrer nun beginnenden vierjährigen Tätigkeit ihre Mitglieder zur ersten Kammer neu, so daß sich also diese Vorwahlen zur ersten Kammer in Bezug auf die Neubesetzung der ersten Kammer nur zu 50 Proz. auswirken, was ja auch die Absicht der Gesetzgeber war.

Das Jahr 1924 brachte einen großen Wahlsieg der Sozialdemokraten bei der Wahl zur zweiten Kammer. Nach der Wahl bildete Branting sein drittes rein sozialistisches Kabinett. Dieses führte kurz nach Brantings Tod den ersten freiwilligen Abtrittsvorschlag, den je eine Regierung eingebracht hat, durch. Dagegen waren die Versuche der Regierung, sozialpolitische Forderungen durchzuführen, wenig erfolgreich. In einer Spezialfrage der Arbeitslosenpolitik kam es zu einem schweren Konflikt mit den bürgerlichen Parteien, die die Regierung stützten und ein linksbürgerliches Kabinett

unter Führung Ekman's ans Ruder brachten. Wird die Sozialdemokratie, die ihren Führer verloren hat, ihre 1924 im Wahlkampf erzielte Stellung behaupten können oder werden nach dem Fehlen des Führers viele Bürgerliche nach rechts und Arbeiter nach links abzuweichen? Auf diese Frage hatte die Wahl die Antwort zu geben. Die Antwort war ein Sieg der Sozialdemokraten, die auf Kosten der Kommunisten und Liberalen ihre Stellung wesentlich verbessert haben, so daß die Hoffnung der Konservativen, sich in der ersten Kammer eine ausgesprochen konservative Stütze zu schaffen, nicht in Erfüllung ging, vielmehr die Aussicht besteht, daß die erste Kammer teilweise immer mehr ein demokratisches Gepräge erhält.

Die Provinziallandtage und Stadtverwaltungen erhalten nach den jetzigen Wahlen vielfach ein ganz anderes Gesicht. Gegenüber den Wahlen vom Jahre 1922, bei denen sich nur ein Drittel der Wahlberechtigten beteiligte, haben alle Parteien ihre Stimmenzahl wesentlich erhöhen können, aber die Sozialdemokratie weist bei einer Vermehrung um ein Drittel den bei weitem stärksten Stimmenzuwachs auf. Dagegen haben alle Parteien, außer den ausgesprochenen Linksparteien, einen Mandatsverlust zu verzeichnen. Der Rückgang der konservativen Mandate beläuft sich auf etwa 10 Proz., die Kommunisten haben auf die Hälfte ihrer Mandate eingebüßt, die Liberalen sind fast völlig zusammengebrochen. Die Stellung der Bauernpartei ist ungefähr unverändert, ebenso die der Freisinnigen, der bürgerlichen Reformpartei der Kleinbauern, der Handwerker usw. Die Sozialdemokraten aber haben den Löwenanteil erlöst. Sie haben fast sämtliche Sitze erhalten, die die Konservativen, die Liberalen und die Kommunisten verloren haben. Sie konnten die Zahl ihrer Mandate um etwa 20 Proz. erhöhen. In verschiedenen Städten, wie in Eskilstuna, haben sie teilweise eine Zweidrittelmehrheit erzielte; in anderen Städten, so in Lulea, zum ersten Male eine absolute Mehrheit, so daß nach den diesjährigen Wahlen insgesamt 16 schwedische Städte unter der Herrschaft der Sozialdemokraten stehen. Dabei ist zu beachten; daß die großen Städte — um das Bild der Wahl so kompliziert wie möglich zu machen — erst später wählen. Auch in den Provinziallandtagen haben die Sozialdemokraten teilweise eine absolute Mehrheit erzielt.

So hat das schwedische Volk überall deutlich zu erkennen gegeben, daß es mit der früheren Tätigkeit der sozialdemokratischen Regierung und den sozialdemokratischen Verwaltungen in den Städten und in den Provinziallandtagen durchaus zufrieden ist. Die Rückwirkung auf die allgemeine Politik Schwedens kann nicht ausbleiben. Die Sozialdemokratie ist nicht nur die bei weitem stärkste Partei des Landes geblieben, sondern hat neues Gebiet gewonnen. Hieraus wird die bürgerliche Linkspartei Rückschlüsse nehmen müssen. Es wird ihr unmöglich sein, gegen diese überwältigende sozialdemokratische Mehrheit zu regieren. Vielmehr wird die linksbürgerliche Regierung bestrukt sein müssen, so eng wie möglich mit den Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten, die die Führung in der schwedischen Politik behalten haben und auch weiterhin behalten werden.

Paul-Boncour vor dem Parteivorstand.

Renardel aus der Redaktion des Quotidiens ausgestreift.

SPD. Paris, 14. Oktober (Radio).

Paul-Boncour erschien am Mittwochabend vor der ständigen Verwaltungskommission der Sozialistischen Partei, um über seine Genfer Tätigkeit vernommen zu werden. Keiner der anwesenden Mitglieder der Verwaltungskommission machte irgendwelche Bemerkungen gegen die Haltung Paul-Boncour's geltend. Der ganze Streit drehte sich lediglich um die prinzipielle Frage, ob ein sozialistischer Abgeordneter überhaupt die Vertretung einer bürgerlichen Regierung übernehmen könne. Es wurde beschlossen, daß sowohl die Verwaltungskommission wie Paul-Boncour selbst einen Bericht über die Frage ausarbeiten und dem bevorstehenden Parteitag vorlegen sollen. Nach Schluß der Sitzung erklärte Paul-Boncour, er stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß möglichst viele Sozialisten in Genf vertreten sein müßten, gleichgültig, ob ihre Regierungen sozialistischer Natur seien oder nicht. Außerdem betonte er, daß er auch weiterhin für einen Eintritt der Sozialisten in eine Regierung mit Bürgerlichen eintrete.

II. Paris, 14. Oktober.

Der Sozialist Renardel hat der Verwaltungskommission der Sozialistischen Partei mitgeteilt, daß er sein Amt als politischer Beirat des Quotidiens niedergelegt habe. (Die Tätigkeit des Genossen Renardel an dem bürgerlich-radikalen Quotidien, der mit der Verunglimpfung der Sozialistischen Partei stets und auch jetzt wieder nicht sparsam umgeht, hatte schon häufig innerhalb der Sozialistischen Partei zu Erörterungen Anlaß gegeben. Red. d. L. V.)

Obstruktion im steirischen Landtag.

In Graz ist am Montag, nachmittags 4 Uhr, der Landtag von Steiermark zur Wahl des neuen Landeshauptmanns zusammengetreten. Als die Christlichsozialen den Unterrichtsminister Dr. Rintelen zum Landeshauptmann vorschlugen, der durch den Untersuchungsausschuß des Parlaments auf das äußerste kompromittiert ist, protestierten die Sozialdemokraten heftig. Es kam zu hitzigen Szenen. Ein sozialdemokratischer Redner erklärte, daß die Sozialdemokraten die Wahl des Herrn Rintelen mit allen Mitteln verhindern werden und daß nur nach einer Neuwahl, falls die Wähler diese Schande auf sich nehmen, Rintelen zum Landeshauptmann ge-

wählt werden könnte. In dem Tumult wurde, um Täuschlichkeiten zu verhindern, die Sitzung unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung konnte Dr. Rintelen seine Rede halten, wobei er fortwährend von den Sozialdemokraten unterbrochen wurde. Die Sitzung wurde dann geschlossen, ohne daß es zu der Wahl des Landeshauptmanns gekommen wäre.

In der Mittwochssitzung ging die Sozialdemokratie zur härtesten Opposition über. Da die Geschäftsordnung jedem Landesrat das Recht zuerkennt, im Verlaufe einer Debatte zweimal das Wort zu nehmen und im Landtag 24 sozialdemokratische Abgeordnete sitzen, ist mit 48 Dauerreden ohne Zeitbeschränkung zu rechnen. Somit besteht keinerlei Aussicht, daß die Christlichsozialen die unstrittige Wahl Dr. Rintelen's durchsetzen können. Abends um 8 Uhr wurde die Sitzung nach einer mehrstündigen Obstruktionsszene eines sozialdemokratischen Landesrates ergebnislos abgebrochen. Falls die Christlichsozialen die Kandidatur Rintelen's nicht zurückziehen, bleibt als Ausweg nur die Auflösung des steirischen Landtages und die Bestätigung des Volkes durch Neuwahlen, die die Sozialdemokraten sowieso verlangen.

Das neue tschechische Kabinett.

II. Prag, 14. Oktober.

Die endgültige Ministerliste liegt jetzt vor. Danach erfährt die bereits mitgeteilte Liste folgende Veränderungen bzw. Ergänzungen:

- Eisenbahn: Rajman, tschechische Gewerkepartei,
- Post: Rössel, tschechisch-katholische Volkspartei,
- Landwirtschaft: Srdinco, tschechische Agrarpartei,
- Kürfürsorge: Schramel, tschechische Volkspartei,
- Arbeiten: Prof. Skina, deutscher Agrarier.

Der Präsident der Republik hat am Mittwoch die Minister der neuen Regierung empfangen und vereidigt. Heute wird sich das neue Ministerium mit einer Regierungserklärung bei den Kammern vorstellen. Im Anschluß daran wird eine Anfrage über die Affäre Gajda zur Beratung kommen.

Ein sozialistischer Oppositionsblock.

II. Prag, 14. Oktober.

Die deutschen Sozialdemokraten, die tschechischen Nationalsozialisten und die tschechischen Sozialdemokraten werden einen gemeinsamen Oppositionsblock bilden. In einem Ausblick werden die drei Parteien vertreten sein, der die Richtlinien für die Haltung der Parteien aufstellt.

Die große Koalition.

Die preußischen Koalitionsparteien werden sich am heutigen Tage unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Braun zusammensenden, um sich mit dem Wunsche der Deutschen Volkspartei auf Wiederbeteiligung an der preußischen Regierung eingehender zu befassen. Wie schon mitgeteilt, unterbricht morgen der preußische Landtag seine Tätigkeit. Damit werden auch die weiteren Verhandlungen ausgesetzt, bis der Reichstag zusammengetreten ist, so daß die endgültige Entscheidung über die von der Volkspartei erstrebte Erweiterung der preußischen Regierung in den Fraktionen des Reichstages erfolgen dürfte.

Man berichtet, daß die Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten des preußischen Landtages der Auffassung sei, daß ohne die Bildung der großen Koalition im Reich die Aufnahme der Volkspartei in den Verband der preußischen Regierung für unzuverlässig erachtet werde. Daraus ergibt sich von selbst, daß das Problem der großen Koalition in den nächsten Wochen aus dem Stadium rein akademischer Erörterungen unmittelbar zur Frage der praktischen Politik werden dürfte. Wie schon mitgeteilt, ist das Problem der großen Koalition in letzter Zeit mehrfach erörtert worden. Die Septembernummer der Sozialistischen Monatshefte brachte nicht weniger als drei Aufsätze, in denen sich Karl Hiltenbrand, Max Schippel und Wolfgang Heine für die politische Linie erklärten, die in Dresden von dem Großindustriellen Silberberg aufgezeichnet worden ist. Den Darlegungen Hiltenbrands geht tiefere Bedeutung ab. Aber auch Schippel bewegt sich in dem sattem bekannten Ton, den er im Kampfe mit den Linksozialisten seit Jahren anzuschlagen pflegt. Er erklärt: „Es wäre ein Jammer, wenn als Echo der Dresdner Unternehmertagung. Die Red.) nur die kümmerlichen Sprüchlein der für alle Situationen und Ereignisse ewig gleich ausgezogenen radikalen Agitationsgrammphone erschallen.“ Wolfgang Heine propagiert, im Sinne Joseph Births, die Sammlung der republikanischen Parteien, den Zusammenschluß mit der Deutschen Volkspartei, die in der preußischen großen Koalition jahrelang so ersprießliche Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie geleistet hat... Jetzt ist der Moment gekommen, der nicht wieder verpaßt werden darf.“ Bei der Gesamteinstellung dieser Genossen war eine tieferegreifende Erörterung dieses Problems nicht zu erwarten.

Anders ist es mit dem Aufsatz Rudolf Hifferdings, der in der Oktobernummer der Gesellschaft erschien. Er erklärt, daß man zur Beurteilung der Rede Silberbergs von der „ökonomischen Analyse“ der Gegenwart auszugehen habe. Hifferding verweist auf die großen Linien der Wirtschaft- und Handelspolitik, die von Bismarck im Jahre 1878 durch die gleichzeitige Einführung der Getreide- und Eisenzölle eingeschlagen wurden. Die Wirtschaftspolitik Bismarcks habe zum Bündnis der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes geführt, die bis 1918 die herrschenden Mächte des Staates gewesen seien, dann aber in Widerstreit zueinander geraten wären. Das Gewicht der Schwerindustrie habe sich durch den Verlust von Elsaß-Lothringen, Oberschlesien und der Abtrennung des Saargebietes vermindert und der Zusammenbruch der vertikalen Konzerne vom Stinnes-Typ habe der Autorität und dem wirtschaftlichen Einfluß der Schwerindustrie weiteren Einbruch getan. Die Führung der Wirtschaft gehe in stärkerer Nähe auf die Fertigungsindustrie „oder richtiger auf die Industriegruppen über, von anderem Typus als es die rheinisch-westfälische Schwerindustrie vor dem Kriege gewesen ist“. Insbesondere habe sich die chemische Industrie eine überragende Position gesichert. Sie sei nahezu autark, von der deutschen Schwerindustrie unabhängig. Sie werde durch das Kohlenverfälschungsverfahren die Kohlenindustrie in ihre Abhängigkeit bringen.

Die Personalunion, in der Herr Duisburg den Vorsitz des Aufsichtsrats der IG. mit dem des Reichsverbandes verbindet, offenbart die führende Stellung der chemischen Großindustrie.

Mit dieser Verschiebung in der Struktur der deutschen Großindustrie habe sich auch in dem Verhältnis zwischen Unternehmertum und Arbeiterklasse eine Veränderung vollzogen. In den schwerindustriellen Unternehmungen sei der Lohnanteil „der wichtigste Posten der Kostenrechnung“. Anders in der Fertigungsindustrie „mit ihren qualifizierten Arbeitsträften, bei ihnen tritt in der Regel der Lohnanteil zurück hinter den übrigen Kosten“. Das ist der Kern der politischen Schlussfolgerungen, die Hifferding am Ende seines Artikels zieht. Er erklärt, daß die leitenden Männer dieser nach der Herrschaft ringenden neuen Gruppen der Industrie von anderem Schlage seien, als „die alten Kohlendynasten, die Herren im Hause sein wollten“.

Bis zum Ruhrkonflikt und bis zum Zusammenbruch der vertikalen aufgebauten Konzerne habe die Schwerindustrie im Sinne der Vorkriegswirtschaft „an der alten Gewaltideologie festgehalten“. Erst allmählich hätten sich die neu hervorgetretenen führenden Gruppen der Industrie von der politischen Führung der Schwerindustrie emanzipiert. „So wurde der Reichsverband zum Befürworter des Dawesplans, zum Förderer der Locarno's und Völkerbundspolitik, zur Stütze Stresemann's...“ Durch diese Veränderungen im wirtschaftlichen Aufbau des Reiches sei die Rolle der Deutsch-

Das Urteil im Weimarer Meineidsprozess.

Fünf Monate Gefängnis für Dr. Frieders.

SPD. Weimar, 12. Oktober.

Der zweite Verhandlungstag im Prozeß Frieders begann mit der energischen Feststellung eines Verteidigers, daß die sozialdemokratische Partei keinesfalls die Prozeßkosten für die Verteidigung trage. Alle umlaufenden Gerüchte seien frei erfinden. Er betonte gleichzeitig, daß die Sozialdemokratie mit diesem Prozeß auch nicht das geringste zu tun habe. Nach der Vernehmung des Oberregierungsrates Frede und des Regierungsrats Meyer, die nichts Belastendes für den Angeklagten vorbringen konnten, wurde der Obersekretär beim Landgericht in Weimar, Hans, vernommen, der über die technische Behandlung der Akten Auskunft geben sollte. Er sagte aus, daß Floel bei ihm die Akten mit dem ersten Einstellungsbeschlusse geholt und später diese Akten mit einem andern Einstellungsbeschlusse zurückgegeben habe. Der erste Einstellungsbeschluss sei vom Oberstaatsanwalt gegenstandslos erklärt worden, während der zweite das Signum des Oberstaatsanwalts nicht gehabt habe. Dadurch sei ihm aufgefallen, daß ein anderer Einstellungsbeschluss gegeben sei. Er habe dann den Entwurf aus den Akten herausgenommen und in das Fach des Oberstaatsanwalts gelegt. Später hätte er dann den Entwurf wieder mit dem Signum des Oberstaatsanwalts vorgefunden. Bei der Vernehmung des Justizrates Erhardt, der sich im Jenaer Prozeß als Nebenkläger für die Regierung angeschlossen hat, stellte unter Protest der Verteidigung der Vertreter der Anklagebehörde an diesen Zeugen die Frage, ob Frieders trotz Diskretion über eine Anwaltsassoziation gesprochen habe. Da die Verteidigung einen Beschluss des Gerichts über die Zulassung dieser Frage verlangte, zog sich das Gericht zu einer kurzen Beratung zurück und verkündete dann, daß die Frage zugelassen sei. Der Zeuge beantwortete dann die Frage, daß er von dritter Seite über die Anwaltsassoziation gefragt worden sei und betonte, daß er außer mit Frieders mit keinem anderen darüber gesprochen habe.

Am Anschlag daran wurde dann der Staatsanwaltschaftsrat Floel vernommen. Das Wichtigste an dieser Zeugnisaussage ist, daß er nicht nur bestritt, den abgeänderten Einstellungsbeschluss ohne Wissen des Oberstaatsanwalts Dr. Frieders gemacht zu haben, sondern heute zum ersten Male behauptet, Frieders habe ihn beauftragt, den Finanzminister von Klügner aufzusuchen und mit ihm den Einstellungsbeschluss durchzusprechen. Das ist von Floel in dem früheren Verfahren noch nie als behauptet worden. Von Klügner will er dann, nachdem dieser erklärt habe, daß er schon der Staatsanwaltschaft überlassen müsse, ob in dem Loeb-Prozeß nichts herauszubringen sei, Anregungen über Abänderungen des Einstellungsbeschlusses erhalten haben. Floel habe dann, so erklärt der Zeuge weiter, mit Frieders über den zweiten Entwurf gesprochen, worauf dieser ihm noch erklärt habe, er wolle sich doch nicht so viel Arbeit machen. Am nächsten Tag sei dann ein Oberregierungsrat noch einmal zur Staatsanwaltschaft zu Floel gekommen und habe mit ihm noch einmal über den abzuändernden Entwurf gesprochen. Daraufhin habe er diesen Entwurf abgeändert, einen zweiten Entwurf angefertigt und ihn dem allgemeinen Dienstverkehr übergeben. Was dann weiter damit geschehen sei, wisse er nicht. Obwohl selbst das Bureaupersonal des Landgerichts von dem zweiten verstärkten Entwurf den Eindruck hatte, daß es sich hier nicht mehr um einen Einstellungsantrag handelte, erklärte Floel als Zeuge heute, daß er sich über den Beschluss des Gerichts, das Hauptverfahren gegen Loeb trotz des Einstellungsantrags der Staatsanwaltschaft zu eröffnen, gewundert habe. Floel bestritt weiter in der Vernehmung, seinen Vorgesetzten, den Oberstaatsanwalt Dr. Frieders, Übergang zu haben. Demgegenüber wurde durch den Zeugen Rechtsanwalt May festgestellt, daß er im Jenaer Prozeß angegeben habe, den Oberstaatsanwalt Dr. Frieders in zwei Fällen Übergang zu haben.

SPD. Weimar, 13. Oktober.

Am Mittwoch begann der Oberstaatsanwalt Dr. Luge in dem Prozeß Frieders mit der Begründung seiner Anträge. Er wies einmütig darauf hin, daß er von sich sagen könne, diesem Meineidsprozeß ganz besonders objektiv gegenüberzutreten, da er seit Jahresfrist in Thüringen sei und dem früheren politischen Prozeß vollkommen fernstehe. Das hinderte ihn aber nicht, sich nur auf das Zeugnis des in der Öffentlichkeit so schwer beschuldigten und des mit seinen Aussagen in schärfstem Widerspruch mit den übrigen Zeugen stehenden Staatsanwalts Floel zu stützen. Alle übrigen Zeugnisaussagen wurden von dem objektiven Anklagevertreter nicht berücksichtigt. Er beantragte schließlich eine Zuchthausstrafe von 1 Jahr 3 Monaten, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren und Abprechung der Hörsfähigkeit, jemals wieder als Zeuge oder Sachverständiger auftreten zu können.

Dann nahm der Verteidiger Dr. Druker-Weiß das Wort und zerstückelte in einer sehr eindrucksvollen Rede alle die haltlosen Beschuldigungen gegen einen hohen Beamten der Justiz, gegen den ein Verzichtungsfeldzug geführt wurde, weil er die Justiz-

mandate in Thüringen einfach nicht mehr mitmachen konnte. Anschließend sprach der zweite Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Richter-Weiß, der sich insbesondere mit dem zweiten Punkt der Anklage beschäftigte, nach dem Frieders erklärt haben soll, von Floel nicht um eine Anweisung für die Haltung der Staatsanwaltschaft im Loeb-Verfahren angegangen worden zu sein. Auch dieser Verteidiger wies ganz besonders auf die Widersprüche Floels hin und bezeichnete es als eine Leichtfertigkeit, daß der Oberstaatsanwalt die Aussagen Floels zur Grundlage solcher Anträge nehmen konnte.

Um 6,30 Uhr verkündete der Vorsitzende folgendes Urteil: Der Angeklagte, Oberstaatsanwalt Dr. Frieders, wird auf Grund des § 163 wegen fahrlässigen Falschgebens zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. In der Begründung wird ausgeführt, daß Frieders habe darin eine Fahrlässigkeit erblicken müssen, daß Frieders das Signum auf den zweiten, verstärkten Antrag gesetzt habe. Von einem so hohen Beamten mit der Verantwortung eines Oberstaatsanwalts müsse erwartet werden, daß er nichts unterzeichnet, was er vorher nicht gesehen hat. Die Tatsache, daß er zweimal sein Signum unter einen Antrag setzen mußte, hätte ihn überzeugen müssen, daß es ein zweiter Antrag war.

Wie das Berliner Tageblatt mitteilt, ist sofort nach Verkündung des Urteilspruchs von dem Verurteilten Revision eingelegt worden.

Um die Hohenzollernvorlage.

Vorbereitungen für die Schlussberatung.

SPD. Am Freitag wird der preussische Landtag den Hohenzollernvergleich in namentlicher Abstimmung verabschieden. Die kommunistische Fraktion plant für diesen Tag neue Gewalttätigkeiten. Der Landtagspräsident hat sich deshalb zu entsprechenden Gegenmaßnahmen veranlassen gesehen, um die Arbeitsmöglichkeit des Plenums unter allen Umständen zu sichern. Vor allem ist eine scharfe Kontrolle an den Eingängen zu dem Parlamentsgebäude vorzusehen.

Die demokratische Landtagsfraktion hielt am Mittwoch eine Fraktionsversammlung ab, in der die Geschäftslage besprochen wurde. Die Entscheidung über die Frage, welche Stellung die Fraktion gegenüber den Abgeordneten Greiser und Hermann-Breslau, die gegen die Hohenzollern-Vorlage gestimmt hatten, einnehmen sollte, wurde, nach dem Bericht der Tel.-Union, verlagert. Die Stellungnahme der Demokraten zur Hohenzollern-Vorlage war durch einen Beschluss festgelegt, der höchstens Stimmenthaltung zuliess.

Verbot kommunistischer Demonstrationen.

SPD. Die Berliner Kommunisten planten für Donnerstagabend im Lustgarten eine Demonstration gegen die Verabschiedung des Abfindungsvergleichs zwischen dem Staat Preußen und den Hohenzollern. Diese Demonstration ist, wie amtlich mitgeteilt wird, auf Grund des Artikels 123 Absatz 2 der Reichsverfassung „wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ verboten worden. Das Verbot bezieht sich auch auf andere kommunistische Demonstrationen unter freiem Himmel am Abend des 14. Oktober, da für sie die Gefahr besteht, daß sie als Ersatz für die verbotene Lustgarten-Demonstration stattfinden sollen.

Hermine mit der Dementiersperre.

II. Neuport, 13. Oktober.

Die Blätter des International-News-Service veröffentlichten ein Interdium ihres Berliner Korrespondenten mit der Gattin Wilhelm II., in dem es heißt: Prinzessin Hermine teilte mir auf mein Befragen mit, daß der § 7 in dem neuen Abkommen zwischen dem preussischen Staat und dem Königshause, obwohl das Schloß Homburg auf der Höhe dem Kaiser und seiner Familie zugewidmet ist, keineswegs bedeute, daß der Kaiser den Wunsch hegt, zur Zeit nach Deutschland zurückzukehren. Ich autorisiere Sie, mit aller Bestimmtheit zu erklären, daß der Kaiser keinerlei Schritte unternommen hat, um seinen Aufenthalt zu wechseln. Ueber des Kaisers Meinung, in bezug auf die letzten Vorfälle in der Reichswehr, fragte, sagte Prinzessin Hermine, daß der Kaiser diese Vorfälle, mit denen er naturgemäß nichts zu tun habe, und ihre Konsequenzen aufs tiefste bedauere.

Es entzieht sich unserer Kenntnis, ob S. M. jetzt so unter den Pantoffel geraten ist, daß er seine politischen Geschäfte durch seine Frau erledigen läßt. Nach der entschiedenen Art, mit der Hermine zu Erklärungen über die Absichten des Ex-Kaisers „autorisiert“, müßte man das annehmen. Auf alle Fälle interessiert an Hermines Dementi die Wendung, daß Wilhelm zur Zeit nicht den Wunsch hegt, nach Deutschland zurückzukehren. Die Frage, ob er nicht nach Annahme des Hohenzollernvergleichs den Wunsch zur Rückkehr haben wird, bleibt demnach offen. Jedenfalls beweist die Bemerkung, daß er die letzten Vorfälle in der Reichswehr „aufs tiefste bedauert“, daß er sich nach wie vor sehr stark für die innerpolitischen Vorgänge in Deutschland interessiert.

Eine Rede Litwinoffs.

Ueber die deutsch-russischen Beziehungen.

Moskau, 13. Oktober. (Telegraphenag. d. Sowjet-Union.)

Auf dem, wie bereits gemeldet, zu Ehren der preussischen Industriedelegation von der Gesellschaft für kulturelle Verbindung mit dem Auslande veranstalteten Abend für eine sowjet-russisch-deutsche Annäherung hielt Litwinoff eine Rede, in der er zunächst einen Ueberblick über die sowjetrussisch-deutschen Beziehungen seit der Oktoberrevolution gab. Litwinoff stellte mit tiefer Genugtuung fest, daß der Rapallovertrag und auch die späteren Verträge zwischen den beiden Ländern zu einer Quelle bedeutender Macht für sie in den schwersten Zeiten geworden seien. Litwinoff hob auch die Entwicklung der kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland hervor und stellte die zunehmende Bedeutung der deutschen Industrie und des deutschen Handels bei der Gestaltung der Beziehungen Sowjetrußlands zum Auslande fest. Er sprach die feste Ueberzeugung aus, daß bei einer zweckmäßigen Fortsetzung und Festigung der von Deutschland Sowjetrußland gegenüber eingeschlagenen Handels- und Finanzpolitik, die insbesondere in den jüngsten Vereinbarungen über die Kreditgewährung an Rußland zum Ausdruck gekommen sei, die wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden Länder stetig wachsen werde. In Besprechung der politischen Lage Europas betonte Litwinoff, daß die in letzter Zeit abgeschlossenen Sonderverträge und Bündnisse nicht als Friedensbeweise anzusehen seien. Obgleich diese Verträge vornehmlich gegen Sowjetrußland gerichtet seien, werde die Sowjet-Union trotzdem ihre Friedenspolitik weiter verfolgen. Zu den wesentlichen Faktoren dieser Politik gehöre die Verstärkung der Unabhängigkeit der kleinen Staaten und ihre Emanzipation vom Völkerverband, wofür der jüngst abgeschlossene Vertrag zwischen Sowjetrußland und Litauen ein Beweis sei. Die gegenseitige Uebereinstimmung der Bestrebungen Deutschlands und Sowjetrußlands, sowie die lokale Fortsetzung der zwischen den beiden Ländern abgeschlossenen Verträge biete eine sichere Gewähr für den allgemeinen, insbesondere aber auch für den osteuropäischen Frieden.

Sparmaßnahmen in den Parlamenten.

Der Demokratische Zeitungsdienst berichtet: Auf der Stuttgarter Tagung der deutschen Parlamentarier wurde eine Anzahl Angelegenheiten besprochen, die mit der notwendigen Parlementsform in Zusammenhang stehen. Auf der Tagung ergab sich, daß sehr durchweg die Parlementsverhandlungen stenographisch aufgenommen werden. Allerdings ist eine Anzahl von Parlamenten, besonders die der kleineren Länder, nicht in der Lage, sich einen genügend großen Stenographendienst zu halten. Man hat sich deshalb auf einen Austausch der Stenographen geeinigt. Weiterhin wurde eine Anzahl von Sparvorschlüssen erörtert.

Näher ihres Waters.

Nach Meldungen Berliner Blätter wurde am Mittwochabend vor dem Landtagsgebäude der kommunistische Abgeordnete Schulz (Dietersbach) von zwei jungen Leuten, die auf ihn gewartet hatten, verprügelt, so daß er sich auf einer Rettungstafel verbinden lassen mußte. Als Täter wurden die beiden Söhne des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Osterroth festgestellt, der in der Mittwoch-Sitzung des Landtages während der zweiten Beratung des Hohenzollern-Vergleichs von Schulz einen Faustschlag erhalten hatte.

Neuer Ueberfall im besetzten Gebiet. Wie die Woskische Zeitung aus Dürren meldet, wurde in der letzten Nacht ein Jüdisch von zwei französischen Soldaten, die einen Polizeihund bei sich führten, mit einem Revolver bedroht und einer kleinen Barockschloß beraubt. Es gelang einem Polizeibeamten, einen der Täter festzunehmen und von einem französischen Gendarmen in Haft nehmen zu lassen.

Vor der Bestätigung Dörpmüllers? Nach der Täglichen Rundschau wird noch in dieser Woche eine Kabinetsitzung stattfinden, in der über die Bestätigung von Dörpmüller als Präsident der Reichsbahnverwaltung Beschlüsse gefaßt werden soll.

Selbstmord eines ungarischen Geheimratssekretärs. Der erste Sekretär der ungarischen Gesandtschaft in Angora hat auf unbekannten Gründen Selbstmord begangen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Viehmann in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Hugo Seklond in Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.
Prospekte liegen bei: Für die Abonnenten des Westbezirks vom Kaufhaus M. Joste u. Co., Leipzig-Plagwitz, Karl-Heine-Str. 43/45, für die Abonnenten des Ost- und Südbezirks vom Kaufhaus Gebr. Bergmann, Leipzig-Volkmarst, Eisenbahnstraße 84, für die Abonnenten des Nordbezirks vom Kaufhaus J. Adler, Leipzig-Gohlis, Hallische Straße 127.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

Wer Kinder hat!

und sie preiswert und gut kleiden will,

der macht seine Einkäufe

im größten Spezialhaus Sachsens

Franz Ebert

Größtes Spezialgeschäft für Damen-, Backfisch- und Kinderkleidung in Sachsen



Seidiges Haar

Ist der Erfolg regelmäßiger Kopfwäsche mit dem unübertroffenen Schwarzkopf-Schaumpon. Versuchen Sie es selbst, verlangen Sie aber beim Einkauf ausdrücklich

Schaumpon mit dem schwarzen Kopf

Am meisten begehrt, weil am längsten bewährt!



la. Winterkartoffeln

gute, gesunde, haltbare Ware, gelbbraun, weiße, blaue sowie rotbackige empfiehlt zur Einfrierung ab Lager, Baden und frei Haus, zu folgenden Preisen
Max Rob. Dachsels
Leipzig - Neuschönefeld, Reustädter Str. 6
Großmarktstraße und Zentralmarktstraße,
Fernsprecher Nr. 68304 und 68308.

Prima Winterkartoffeln

Oberwürder, Blaue u. Industrie, gut kochend und mehrlieb, verkauft in großen u. kleinen Portionen zu billigen Tagespreisen
Max Fiedler
Leipzig - Plagwitz, Geheerstraße 19
Telephon 40474.

la Tafelbutter

A Stück 1.10 Mark
Kümmelkase - Speisequark
aus meiner Molkerei Brinnis empfiehlt
Walther Vogel
L.-Gohlis, Hallische Straße 117

Inserate

Für die fünfte Nummer bestimmt, erbiten bis spät 9 Uhr vormittags am Erscheinungstag

Im Zeichen der proletarischen Einigung.

(Von unserem tschechoslowakischen Berichterstatter.)

J. B. Die internationale Reaktion in der Tschechoslowakei bewirkt nun doch eine allmählich immer stärker werdende Vereinigung der proletarischen Kräfte. Den ununterbrochenen Bemühungen des internationalen Sekretärs Genossen Dudgeest gelang es, in einer gemeinsamen Sitzung der Prager und der Reichenberger Gewerkschaftszentrale am 15. September eine Basis zu schaffen, um eine Zusammenarbeit beider freigewerkschaftlicher Zentralen zu erreichen, mit dem Ziele, binnen drei Jahren durch Angleichung der Unterführungs- und Beitragsbestimmungen eine schmerzlose Vereinigung herbeizuführen. Die Karlsbader Beschlüsse unterlagen der Genehmigung durch die Vorstandskonferenzen der beiden Zentralen; die Reichenberger Vorstandskonferenz hat nun dieser Tage den Vereinbarungen ihre Zustimmung erteilt. Am 1. Oktober fand bereits die erste gemeinsame Sitzung statt, die neue gemeinsame Landeszentrale, die aus Vertretern beider Zentralen im Verhältnis von 9 (Prag) zu 6 (Reichenberg) gebildet wird, nimmt ihre Tätigkeit am 1. Januar 1927 auf und wird die beiden Zentralen vor der Internationalen, vor Behörden usw. vertreten. Damit ist ein wichtiger Schritt nach vorwärts getan und auch der unheilvolle Zustand beseitigt worden, daß die ausgesprochen für Amsterdam wirkende Reichenberger Zentrale mit ihren 200 000 Mitgliedern der I. O. B. aus statutarischen Gründen nicht angehören konnte. Die neue Landeszentrale wird über eine halbe Million Gewerkschafter repräsentieren, sicherlich eine imponierende Zahl, vor der auch das Bürgertum und die Regierung Respekt haben müssen.

Die deutsche und die tschechische Jugendorganisation haben ebenfalls eine einheitsliche Front insbesondere gegen den Militarismus und die beabsichtigte vormilitärische Erziehung gebildet. Sie werden am 17. und 24. Oktober große gemeinsame Kundgebungen in allen größeren Städten der Republik veranstalten. Sie protestieren in einem gemeinsamen Aufruf leidenschaftlich gegen die immer unerschütterter werdenden Pläne der Reaktion. Man ersieht aus dem Aufruf, daß der vorbereitete Gesetzentwurf über die vormilitärische Erziehung alle Jünglinge von 16 Jahren (mit Ausnahme der geistigen und körperlichen Krüppel) bis zum 24. Jahre, sofern sie nicht vorher militärdiensttauglich befunden wurden, während 36 Halbtage einem vormilitärischen Drill unterzogen werden sollen. Wer sich dieser Verpflichtung entzieht, wird mit schweren Strafen bedroht, bis zu 8 Monaten Gefängnis und bis zu 6000 Kronen Geldstrafe. Die Gemeinden werden verpflichtet, die notwendigen Räume zur Verfügung zu stellen, die Ausbildung der Jugend obliegt Offizieren und Feldwebern. Gegen diese ungeheuerlichen Pläne, die einer Militarisierung breiter Volksschichten gleichkommen, stellen die beiden Zentralverbände die Forderungen:

- „Statt der vormilitärischen Erziehung eine Erweiterung des Jugendurlaubes und eine entsprechende sozialpolitische Gesetzgebung für die Jugendlichen.
 - Statt der Inspektoren für die vormilitärische Erziehung Schaffung von Jugend- und Bekleidungsinspektoren.
 - Statt der Kaserne Jugendheime.
 - Statt der Offiziere und Unteroffiziere eine Schulreform, besonders hinsichtlich der gewerblichen Fortbildungsschulen.
 - Fort mit dem Militarismus!
 - Es lebe der Kampf der proletarischen Jugend!
- Wenn nun auch die beiden sozialdemokratischen Parteien den notwendigen Weg des Zusammenwirkens finden, so wird die tschechische bürgerliche Koalitionsregierung trotz ihrer Mehrheit der Mandate aus Granit bestehen, wenn sie es wagt, ihre reaktionären Pläne zu verwirklichen.

Mißstände im Deutschen Rote Kreuz.

Aus sozialistischen und demokratischen Kreisen hat sich auf Anregung des Vereines sozialistischer Ärzte ein „Führer-Ausschuß“ gebildet, der die zahlreichen Beschwerden, die gegen das Deutsche Rote Kreuz im Laufe des letzten Jahres laut geworden sind, im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt untersuchen will. Der Ausschuss bittet die Öffentlichkeit um Mitarbeit und zwar um Mitteilung aller ihr über das Rote Kreuz bekannt werdenden Mißstände und Beschwerden. Anonyme Mitteilungen bleiben unberücksichtigt, auch Beschwerden ohne Beweisstücke oder Angaben von Beweismitteln sind für die Arbeit des Ausschusses nutzlos. Der Ausschuss hält die Namen der Mitteilenden auf deren Wunsch geheim. Der Ausschuss will sachlich feststellen und durch Tatsachen belegen, inwieweit das Deutsche Rote Kreuz seinen eigentlichen Aufgaben gegenüber handelt und die politische Neutralität wahren. Die Ergebnisse der Ausschussarbeit werden der Presse aller Parteirichtungen zugehen. Anfragen und Mitteilungen sind zu richten an: Dr. Heinrich Dohme (Verein sozialistischer Ärzte), Berlin SW 11, Königgräber Str. 82, Tel. Hasenheide 2026, bzw. Ulrich Salinger (Reifische Zeitung), Altsteinhaus, Berlin, Kochstraße, Tel. Dönhofs 3600.

Ein Milch-Zentralhof für Leipzig.

Milcherzeugung und Milchverkehr sind Fragen, mit denen sich jede Stadtverwaltung oft beschäftigen muß. Der Rat hatte, veranlaßt durch einen früheren Beschluß der Stadtverordneten, einen Antrag eingebracht, durch den das Umgießen von Milch auf Straßen und Bahnhöfen verboten sein soll, auf Straßen und in den Häusern Milch nur in geschlossenen Gefäßen verkauft werden darf und zur Beförderung von Milchgefäßen benutzte Wagen allseitig verschlossen und mit einem Verdeck versehen sein müssen, das eine freie Luftzufuhr gestattet.

Von den Ausschüssen war dazu beantragt, daß Milch offen nur in Spezialgeschäften verkauft werden darf. Weiter verlangen die Ausschüsse die Errichtung eines Zentralmilchhofes auf gemeinschaftlicher Grundlage unter Führung und Kontrolle der Stadt.

Die Berichterstatterin, Frau Wendelsohn-Variholdt, legte die Auffassung der Ausschüsse vor. Der Wirtschaftsparteiler Dorn begrüßte die Vorlage, wandte sich aber dagegen, den so genannten Wildmilchhandel zu unterbinden, wie es ein Antrag verlangt. Nach ihm sprach der Kommunist Lieberach. Er bekämpfte den Antrag auf gemeinschaftlichen Betrieb des zu schaffenden Milch-Zentralhofes und beantragte, ihn in reinen Regiebetrieb zu nehmen. Dann machte er ein bißchen in Milchhändlerpolitik und verlangte, daß der Rat die Befähigung für die Milchbeförderung beschaffe und sie den Milchhändlern zur Verfügung stelle.

Genosse Freitag trat diesem sonderbaren Verlangen entgegen. Lieberach solle lieber verlangen, daß die Milchlieferanten die Befähigung liefern. Der Rat habe damit gar nichts zu tun. Das sei vielmehr Aufgabe jener Kreise, die aus dem Milchvertrieb den finanziellen Vorteil haben. Dann ging Genosse Freitag auf den Antrag betreffend Regiebetrieb ein. Der reine städtische Betrieb werde gar keine Möglichkeit haben, die Milchproduzenten zu veranlassen, ihre Milch an die Stadt zu verkaufen. Und auf die Milchverbraucher könne man sich in solchen Dingen auch nicht verlassen. Es stehe durchaus nicht fest, ob sie zum städtischen Milchhof halten würden. Die Errichtung der Anlagen sei allerdings eine Aufgabe der Stadt, der Betrieb möge eine Betriebsgesellschaft in die Hand nehmen. Selbstverständlich sei es, daß die Stadt maßgebenden Einfluß darauf bekommen müsse, andererseits die sozialdemokratische Fraktion es sich sehr überlegen werde, ob sie einem Verträge mit einer Betriebsgesellschaft zustimmen werde. Die Organisation der Milchverpackung müsse auch praktikabel gestaltet und eine Sammelstelle geschaffen werden, wo die Milch einer größtmöglichen Keimung zu unterziehen ist. Der heutigen sogenannten Vorzugsmilch stehe die sozialdemokratische Fraktion sehr skeptisch gegenüber. Für größte Sauberkeit und dafür, daß die Milch auch hygienisch einwandfrei ist, sei unter den gegenwärtigen Verhältnissen durchaus keine Gewähr gegeben. Damit, daß alle 14 Tage eine Stallkontrolle vorgenommen werde, lasse sich keine Garantie schaffen. Die einzige Garantie, die diese Einrichtung bringe, sei die der höheren Milchpreise für die Interessenten. Im übrigen forderte Genosse Freitag, daß der Rat, wenn der Antrag auf Schaffung eines Zentralmilchhofes angenommen sei, schnell handle.

Der nächste Redner war Dr. Buchbinder. Er setzte sich mit sehr energischen Worten für die Schaffung eines Zentralmilchhofes ein. Wenn aber unter „Führung der Stadt“ die finanzielle Uebermacht verstanden werden sollte, so müsse er sich sehr energisch dagegen wenden. Die Einrichtung des Milch-Zentralhofes erfordere 4 bis 5 Millionen Mark. Ob die Stadt sie schnell genug beschaffen könne, stehe dahin. Jedenfalls sei schneller zum Ziele zu gelangen, wenn man auch die Landwirtschaft und die Händler mit heranziehe und so eine Dristelung der Kapitallast vornehme. Den offenen Milchverkauf müsse man sofort unterbinden, weil er unhygienisch sei und eine große Gefahr bringe.

Stadtrat Dix äußert sich in ähnlichem Sinne. Stadtverwaltung, Produzenten und Händler könnten sich sehr wohl verständigen. Er würde es bedauern, wenn unter „Führung der Stadt“ die finanzielle Führung verstanden werden sollte. Praktisch genommen, sei es allerdings fraglich, ob aus den Händler- und Produzentenkreisen Geld zu bekommen sei. Dort rechne man darauf, daß die Stadt es beschafft und den Interessenten zur Verfügung stellt.

Lieberach glaubte noch einige Trümpfe gegen Freitag in der Hand zu haben. Freitag wolle nur den großen Milchhändlern helfen. Den Kommunisten aber sei die Milchverpackungsfrage auch zugleich eine Klassenkampffrage. Nach einem für Lieberachs sonstige Leistungen allerdings unerwartet kurzen Privatstimium über Klassenkampfpflichten und einem kleinen Ausflug zu den parlamentarischen Gesilden Moskows landete er schließlich glücklich, wohlbehalten und selbstzufrieden wieder auf seiner Stätte.

Lieberachs Trümpfe flachen nicht. Aber die Wahrung des Genossen Freitag, lieber die Interessen der Allgemeinheit als das Interesse einer kleinen Gruppe von Milchhändlern zu vertreten, pralle an ihm ab. Lieberach bleibt, wie er war: unempfindlich für alles, was über den Moskauer Horizont hinausgeht.

In der folgenden Abstimmung wurden die Anträge des Ausschusses angenommen und alle Anträge aus dem Plenum abgelehnt.

Umgruppierung von Fortleiterinnen.

Zugestimmt wird einer Vorlage des Rates, die Leiterinnen der städtischen Mädchenhorten nach den bestehenden Befoldungsbestimmungen von Gruppe IV nach Gruppe V umzugruppierten. Desgleichen der Umgruppierung der Fortgehilfen aus Gruppe III nach Gruppe IV. Eine Eingabe wegen der Befoldung und Arbeitszeit der Kindergärtnerinnen, Tagesheimleiterinnen und Gehilfinnen wird dem Rat zur Prüfung und beschleunigten Rückäußerung überwiesen.

Abgelehnte Dienstprämien.

Der Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe — eine gelbe Organisation — hatte beantragt, die Gewährung von Dienstprämien an städtische Arbeiter nach einer 25jährigen Dienstzeit zu gewähren. Dem Rat beschloß, den Antrag abzulehnen, trat das Kollegium bei. Nur der städtische Götze mit einigen Gefinnungsgeossen stimmte dagegen.

Die Wahlen in die Gewerbesteuerausschüsse und in die Steuerabteilung beim Finanzamt Leipzig-Süd erfolgten einstimmig. Ebenso die der Sachverständigen für Entgeltung im Bezirk der Stadt Leipzig. In den Ausschuss zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen wurde an Stelle der Genossin Plottke die Genossin Schöen gewählt. Als Nachfolger des ausgeschiedenen Genossen Plottke erfolgte die Wahl des Genossen Dr. Hübler in das Kuratorium des Konseratoriums.

Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes der städtischen Baugesellschaft.

Der Baumeister Schneider von der wirtschaftspolitischen Fraktion hat bekanntlich vor einiger Zeit seinen Aufsichtsratsposten in der städtischen Baugesellschaft niedergelegen müssen, nachdem er wiederholt von der Linken wegen seiner Vertretung der Interessen des privaten Bauunternehmertums und wegen seines im Zusammenhang damit stehenden schädlichen Wirkens als Aufsichtsratsmitglied der städtischen Baugesellschaft angeprangert worden ist. Gekürt erfolgte nun die Wahl eines Nachfolgers. Von den Wirtschaftspolitischen wurde der Stadtverordnete Herold, von der sozialdemokratischen Fraktion Genosse Beyer und von den Kommunisten Stadtrat Schenker vorgeschlagen. Es erhielten Stimmen: Herold 37, Beyer 17, Schenker 14. Der Wirtschaftspolitische Herold ist gewählt.

Wiederaufbau der Mühle Jösch.

Die Stadtverordneten beschloßen entsprechend der Ratvorlage den Wiederaufbau der vor einiger Zeit niedergebrannten Mühle in Jösch. Bewilligt wurden 54 800 Mk. zu Läden des Stammvermögens neben der Verwendung von 128 700 Mk. Grundhabensvergütung und 10 000 Mk. Beitrag des Pächters. Bei dem Wiederaufbau sollen soweit als irgend möglich Leipziger Unternehmer und Arbeiter beschäftigt werden.

Keine Bebauung des Augustusplatzes.

Der Rat hatte vor längerer Zeit ohne die Stadtverordneten befragt zu haben, einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die städtebauliche Ausgestaltung des Augustusplatzes veranstaltet. Wie die eingegangenen Entwürfe zeigten, handelte es sich nicht um eine Ausgestaltung, sondern um eine Verhüllung des Augustusplatzes.

Genosse Beyer gab den Bericht des Ausschusses. In den Ausschussberatungen sei zum Ausdruck gekommen, daß kein Entwurf zu verwirklichen und der Augustusplatz nicht zu bebauen sei. Der Bau des Bankhauses solle nach Berücksichtigung des Ratvortrages nicht zur Ausführung kommen. Als Redner der sozialdemokratischen Fraktion stellte Genosse Beyer nochmals fest, daß die Stadtverordneten bei der Ausschreibung des Wettbewerbs ausgeschaltet worden sind. Wenn die Ausschreibung erfolgte, hätte es sich nur um eine Bebauung des Augustusplatzes handeln können, eine Frage, von der die Leipziger Bevölkerung nichts wissen wolle. Die Architekten hätten den Augustusplatz als eine Baustelle betrachtet. Das ginge aus den Entwürfen hervor. Das Ereignis des Wettbewerbs sei gleich Null. Der Decretent des Hochbauamtes, Stadtrat Ritter, der nach der Auffassung der bürgerlichen Stadtverordneten das Stadtbild formen solle, habe nicht die Gelegenheit benutzt, selbst etwas zu schaffen. Der Wettbewerb sei ins Blaue hinein erfolgt. Das einzige wäre, daß der Baumbestand des Augustusplatzes durch andre Anpflanzungen erneuert werden könnte.

Der Stadtverordnetenvorsteher Junck kann sich der scharfen Kritik an dem Wettbewerb nicht anschließen. Der Wettbewerb habe die Gefahr der Errichtung eines Hochhauses und der Verhüllung des Augustusplatzes abgewandt. Stadtrat Ritter gibt zu, daß die Stadtverordneten bei der Ausschreibung des Wettbewerbes

10 000 Weissfuchs-, Blaufuchs-, Silberfuchs-Felle

Imitiert — prima Material — als Mantelkragen zu

10 000 Filz-, Velour- und Samthüten

stellen wir in Leipzig, Magdeburg und Chemnitz ab Freitag zum Verkauf als

Sonder-Angebot

Filzhüte

Fesche Formen in allen Farben	zusammen	7. 50
und 1 Pelzkragen		
Elegante Formen in allen Farben	zusammen	9. 75
und 1 Pelzkragen		
Entzückende Formen in allen Farben	zusammen	11. 75
und 1 Pelzkragen		

Velourhüte

Viele Formen und Farben	zusammen	13. 75
und 1 Pelzkragen		
Reichhaltigste Auswahl	zusammen	15. 75
und 1 Pelzkragen		
Elegante Formen und Farben	zusammen	17. 50
und 1 Pelzkragen		

Samthüte

Fesche Formen in allen Farben	zusammen	7. 50
und 1 Pelzkragen		
Eleg. Ausführungen in allen Farben	zusammen	9. 75
und 1 Pelzkragen		
Entzückende Kappe, die große Mode	zusammen	11. 75
und 1 Pelzkragen		

Filzhüte

in großer Auswahl 3. 75

Kinderhüte

viele Formen 4.75 3.75 2. 75

Samthüte

in großer Auswahl 3. 75

Haus der Hüte G. m. Grund- b. H. stück Wilhelm Basch

Filialen: Berlin, Dresden, Magdeburg, Chemnitz Grimm. Steinweg 15 / Brühl 6 / Windmühlenstr. 24 Filialen: Berlin, Dresden, Magdeburg, Chemnitz

Hätten hinzugezogen werden sollen. Durch den Wettbewerb sei die Frage der Errichtung eines Hochhauses entschieden worden.

Von dem Ratsschreiber wird Kenntnis genommen und einstimmig beschlossen, den Rat zu ersuchen, Vorschläge zu unterbreiten, wie er sich unter Auswertung des Wettbewerbsergebnisses die künftige Gestaltung des Augustusplatzes denkt.

Unterstützung und Arbeitsleistungen von Notstandsarbeitern.

Das Kollegium hat in einer früheren Sitzung einen kommunikativen Antrag angenommen, daß den Notstandsarbeitern der ausfallende Lohn durch Aussehen in Höhe der Erwerbslosenunterstützung aus Fürsorgemitteln gewährt werden solle und daß Notstandsarbeiten nicht im Auftrag geleistet werden dürfen. Der Rat hat gegen diesen Beschluß mit der Begründung Einspruch erhoben, daß er gegen die vom Reichsarbeitsminister herausgegebenen Bestimmungen über öffentliche Notstandsarbeiten verstoße. Ferner sei nach den ministeriellen Bestimmungen, soweit die Art der Arbeit es irgend zuläßt, eine Affordvergütung oder die Gewährung von Leistungsprämien vorzuziehen. Wenn dies nicht möglich, müsse mindestens ein bestimmtes Maß von Arbeitsleistung festgesetzt werden. Der Bau-, Betriebs- und Wohlfahrtsausschuß beantragte, die angeführten Beschlüsse aufzuheben. Der Kommunist Daseke wandte sich gegen die Einwendungen des Rates und beantragte, bei den angenommenen Beschlüssen festenzubehalten.

Genosse Koneberg erklärte für die sozialdemokratische Fraktion, daß sie nach der Aussprache in den Ausschüssen die Grundsätze des Arbeitsamtes für die Bezahlung der Aussehtage der Notstandsarbeiter anerkenne. Zu dem Antrag über die Affordarbeit erkläre die Fraktion, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen des § 9, Absatz 2 der Bestimmungen über öffentliche Notstandsarbeiten vom 30. April 1925 ein Unteranspruch des Verwaltungsausschusses des öffentlichen Arbeitsnachweises ein bestimmtes Maß an Arbeitsleistung vorläufig festgesetzt hat. Der Verwaltungsausschuß ist dem Beschluß beigetreten. Demnach erübrigt sich der Antrag. Würde der Antrag der Kommunisten zum Beschluß erhoben, so würde eine Schädigung der Erwerbslosen unausbleiblich sein.

Der vom Rat angeforderte Beschluß wurde gegen die Stimmen der Kommunisten aufgehoben. Bei der Abstimmung waren nur 7 Kommunisten anwesend; so unterstützen sie ihre eigenen Anträge.

Brausebad in der 50. Volksschule in Kleinshochheim.

Eine Eingabe des Elternrates der 50. Volksschule in Kleinshochheim ersuchte um Einbau eines Brausebades. Der Rat erklärte in einer Drucksache sich außerstande, die erforderlichen Mittel zum Einbau zur Verfügung zu stellen. Der Einbau von Bädern in den Schulen könne erst nach und nach geschehen. Vom Schul- und Betriebsausschuß wurde der Einbau des Brausebades beantragt.

Stadtrat Stahl erklärte, daß der Rat gegen den Beschluß die größten Bedenken habe. Man könne nicht eine Schule aus dem Programm des Baus von Bädern herausnehmen. Selbstverständlich schloß sich der absehenden Haltung des Rates namens der Wirtschaftspolitischen auch der Stadtvorordnete Kunath an.

Genosse Lang begrüßte es, daß für jede Schule ein Bad eingerichtet werden solle. Es müsse aber einmal der Anfang gemacht werden. In dem von Arbeiterbevölkerung stark bewohnten Westen könnten die Kinder zu Hause nicht haben und in der Schule nur aller 14 Tage. Es würden Reichsgesundheitswochen veranstaltet, aber wenn es sich um die Errichtung von Bädern und anderen hygienischen Einrichtungen handle, wäre kein Geld vorhanden. Nachdem noch der Demokrat Herz und der Kommunist Lieberach sich für den Einbau des Bades eingesetzt hatten, wurde dieser gegen die Stimmen der Wirtschaftspolitischen beschlossen.

Internationale Buchkunstausstellung 1927.

Der Rat ersucht die Stadtvorordneten in einer Vorlage, dem „Verein Deutsche Buchkünstler“ für die Internationale Buchkunstausstellung Leipzig 1927 einen Garantiebeitrag von 50 000 M. zu bewilligen. Finanz- und Bauausschuß beantragten Zustimmung.

Genosse Fleißner brachte zum Ausdruck, daß die sozialdemokratische Fraktion dem Antrag zustimmen werde, da zu hoffen sei, daß diese Ausstellung Leipzig als Buchgewerbestadt nütze. Der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker unterstütze die Ausstellung. Es müßten jedoch gegen die Ausstellung auch gewisse Bedenken ausgesprochen werden. Man solle nicht zu optimistisch sein und infolge der Ausstellung einen großen Fremdenstrom nach Leipzig erwarten. In dem gleichen Jahre fänden noch zwei große Ausstellungen in Dresden und Köln statt. Wenn die Buchkunstausstellung in das Museum am Augustusplatz gelegt werde, dann müßten Um- und Neubauten vorgenommen werden. Es sei sehr fraglich, ob dieses angebracht sei. Die Buchkunstausstellung könnte doch im Neuen Grassimuseum untergebracht werden.

Der Kommunist Franz beantragte, daß die vom Rat beschlossene Einziehung und Anpflanzung der Parkanlagen hinter dem Museumsgebäude am Augustusplatz unterbreiten solle. Der Demokrat Sommer und der Wirtschaftspolitische Franke stimmten der Ratvorlage zu. Letzterer meint, daß die Wirtschaftspolitischen es gern gesehen hätten, wenn 1 Million Mark bewilligt worden wären.

Stadtrat Leiske betrachtet die Buchkunstausstellung als einen Anlaß, der zu weiteren Maßnahmen führen werde. Er glaube nicht, daß die beiden großen Ausstellungen in Dresden und Köln eine Konkurrenz für die Buchkunstausstellung in Leipzig sein werden. Das Grassimuseum trage noch nicht das Gewand, um eine Internationale Kunstausstellung darin unterzubringen. Wir stimmen dem zu, denn die alten Baracken des Johannis-Hospitals passen allerdings nicht zu dem Neubau des Grassimuseums.

Der Antrag des Kommunisten Franz wurde abgelehnt und die 50 000 M. Garantiebeitrag für die Ausstellung bewilligt.

Die Wirtschaftspolitischen gegen Reinigung der Schulzimmer.

Die Stadtvorordneten hatten in ihrer Sitzung vom 2. Juli beschlossen, daß die Reinigung der Schulzimmer nicht wöchentlich, wie es jetzt geschieht, sondern täglich erfolgen solle. Der Rat lehnt in einer Resolution die tägliche Reinigung der Schulzimmer mit der Begründung ab, daß kein Geld dazu vorhanden sei. Der Finanz- und Schulausschuß beantragte, bei den Beschlüssen stehen zu bleiben. Bei der Abstimmung über diesen Antrag stimmten die Wirtschaftspolitischen dagegen. Sie sind also Gegner der täglichen Reinigung der Schulzimmer und beweisen damit, daß ihre Gerede über Hygiene und Förderung der Volksgesundheit nur leeres Geschwätz ist. Wenn es sich um die Durchführung von Forderungen handelt, die im Interesse des kapitalistischen Bürgertums liegen, haben die Wirtschaftspolitischen immer eine sehr offene Hand. Da kommt es ihnen auf Hunderttausende von Mark nicht an. Für die tägliche Reinigung der Schulzimmer aber, die doch für jeden Menschen eine Selbstverständlichkeit sein sollte, haben sie kein Geld.

Die IFA-Zugung.

SPD. Im weiteren Verlauf der Ausfühung des IFA-Bundes referierte über den augenblicklichen Stand der Erwerbslosenfürsorge Fritz Schröder. Er nahm kritisch Stellung zu dem vom Reichsarbeitsministerium neu eingeführten System der Arbeitslosenstatistik. Durch die pflichtige Herausnahme der Notstandsarbeiter wird in der Öffentlichkeit über den tatsächlichen Stand der Erwerbslosenfürsorge ein falsches Bild erzeugt. — Bei den kürzlich stattgefundenen Beratungen des Reichsarbeitsministeriums über den weiteren Ausbau des gesetzlichen Schutzes für die älteren Angestellten sind die Organisationen des Gesamtverbandes deutscher Angestelltenvereine (christlich-national) und des Gewerkschaftsbundes der Angestellten wiederum umgefallen. Sie haben die von ihren Reichstagsabgeordneten kürzlich noch mitvertretene Forderung nach Einführung des Meldezwanges beim Arbeitsnachweis preisgegeben und sich in eine Linie mit den Unternehmern gestellt. Schröder belegte an Hand umfangreichen Materials die Dringlichkeit einer Aufhebung der Bedürftigkeitserklärung und der Verlängerung der Bezugsdauer für die Ausgetretenen.

Dr. Cramer kritisierte die Haltung der Reichsversicherungsgesellschaft für Angestellte, die in einem Jahre bei 180 Millionen Beitragsentnahmen einen Ueberschuß von 144 Millionen machte und ein Gesamtvermögen von 320 Millionen anammeln konnte, ohne bisher dem dringenden Verlangen des IFA-Bundes auf Befreiung der stelltenlosen Versicherten von der Beitragspflicht Rechnung zu tragen. In gleicher Weise hat das Reichsarbeitsministerium verlangt, obwohl der Reichsarbeitsminister vor den Reichstagsferien die Lösung dieser Frage in einer besonderen Regierungserklärung zugesagt hatte. — Schweißler behandelte die große und wachsende Stellenlosigkeit der Techniker und ihre Zusammenhänge mit der sogenannten Rationalisierung, unter der offenbar bisher die Großindustrie nur die neue Kapitalanhäufung verstehen wollte. Er schilderte im einzelnen die mit der zunehmenden Karriell- und Monopolbildung entstehenden Gefahren für die Angestellten und Arbeiter. — Der Vorsitzende des Deutschen Werkmeister-Verbandes, Buschmann-Düsselhorst, begründete die schnelle Wiederherstellung des Achtstundentages, wendet sich gegen das Ueberstundenwesen und will, daß die Sozialpolitik in den Vordergrund der gewerkschaftlichen und gesetzgeberischen Maßnahmen gestellt wird. Die Besprechung endete mit der einstimmigen Annahme der folgenden Entschließung:

Die 3. Bundesausschuß-Sitzung des IFA-Bundes vom 12. Oktober stellt mit Bedauern fest, daß die Reichsregierung es bisher unterlassen hat, die Beschlüsse des Reichstages zum Schutze der älteren Angestellten durchzuführen, und zwar:

- a) Vorschriften über die Höchstzahl für das Halten von Lehrlingen im Handelsgewerbe zu erlassen,
- b) Maßnahmen zugunsten erwerbsloser Angestellten zu treffen, die den Verlust von Versicherungsansparnissen verhindern,
- c) eine Ergänzung des Reichsgesetzes in die Wege zu leiten, um die Mißstände, die auf dem Gebiet der Schiffsreparatur sich herausgebildet haben, zu beseitigen.

Der Bundesausschuß erwartet, daß die Reichsregierung diese vom Reichstag geforderten Maßnahmen unverzüglich durchführen wird. Als weitere Maßnahmen fordert der Bundesausschuß die Verwirklichung der einstimmigen Beschlüsse des Reichstags-Ausschusses. Die darin vorgesehene Meldepflicht aller offenen Stellen ist zu ergänzen durch die Verpflichtung aller Arbeitgeber, die offenen Stellen durch den öffentlichen Arbeitsnachweis zu besetzen, so-

weit dieser in der Lage ist, geeignete Kräfte nachzuweisen. Anmelde- und Beurlaubungsplanung sind unentgeltliche Voraussetzungen für eine den sozialen Erfordernissen entsprechende Arbeitsvermittlung.

Zur Entlastung des Arbeitsmarktes der Angestellten von pensionierten oder auf Wartefeld gestellten Beamten und Offizieren verlangt der Bundesausschuß die Verwirklichung der in den Leitlinien des IFA-Bundes aufgestellten Forderungen.

Die unerträglichen Zustände in der Erwerbslosenfürsorge sowie die völlig unzureichenden Unterstützungsätze erfordern eine sofortige gesetzliche Zwischenregelung, die nicht bis zur Verabschiedung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes verlagert werden kann. Dazu gehören:

1. Wesentliche Erhöhung der Unterstützungsätze,
2. Sicherung eines Rechtsanspruchs auf Erwerbslosenunterstützung,
3. Verlängerung der Bezugsdauer,
4. Beseitigung der Pflichtenarbeit.

Die ungeheure Vermehrung der stelltenlosen Angestellten ist nicht zuletzt die Folge einer Verlängerung der Arbeitszeit. Eine unsoziale Tarifpolitik der Schlichtungsbehörden hat dazu geführt, den Achtstundentag in weitem Umfange durch die Verpflichtung zur Leistung unentgeltlicher Mehrarbeit illusorisch zu machen. Darüber hinaus kann sehr häufig weiter Ueberarbeit gegen Bezahlung verlangt werden. Die Arbeitszeit der Angestellten ist vielfach länger als vor dem Kriege.

Der Bundesausschuß ruft die Angestellten auf, durch Zusammenbruch in den freien Angestelltenverbänden diesen unerträglichen Zuständen ein Ende zu bereiten und den Kampf für die gesetzliche Einführung der auch von der Internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt geforderten wöchentlichen Höchstarbeitszeit von 45 Stunden aufzunehmen.

Ueber den Punkt der Tagesordnung: „Wahlreform der Angestelltenversicherung“ referierte Dr. Fritz Pfirzmann. Abschließend kam noch

ein Gerichtsurteil

zur Sprache, das die Aufmerksamkeit aller Gewerkschaften, wie der Öffentlichkeit überhaupt, beanspruchen kann. Der dem IFA-Bund angeschlossene Verband deutscher Schiffingenieur hat im Verlauf eines Organisationsstreites seinen bisherigen Vorsitzenden sühnungsgemäß ausgewechselt. Nachdem der ausgewechselte glaubte, seine bisherigen Befugnisse als Vorsitzender noch weiter ausüben zu dürfen und deshalb die ordentlichen Gerichte anrufen hat, fällt das Oberlandesgericht Hamburg in dem Prozeß des früheren Vorsitzenden gegen den Verband ein Urteil, in dem es wörtlich heißt: „Von der Gewerkschaft ausgewechselte Mitglieder können trotz dem Vorhandensein im Ehrenamt bleiben.“

Die Teilnehmer des Bundesausschusses betonen allseitig, daß dieses Urteil wieder einmal treffend beweist, wie völlig ungeeignet die ordentlichen Gerichte sind, um sich mit gewerkschaftlichen Angelegenheiten zu befassen. Der IFA-Bundesvorstand wurde beauftragt, weitere Schritte in dieser Angelegenheit zu unternehmen.

Der Niederländische Gewerkschaftsbund im Jahre 1924/1925.

(ZGB.) Dem Bericht für den im Oktober anberaumten Kongreß des freien niederländischen Gewerkschaftsbundes entnehmen wir folgende Einzelheiten über die Tätigkeit der holländischen Landeszentrale in den Jahren 1924 und 1925:

Alles in allem waren die beiden Berichtsjahre eine Zeit erfreulicher Entwicklung. Die Mitgliederzahlen sind gestiegen, die finanziellen Mittel haben nicht unbedeutend zugenommen und die allgemeine industrielle Lage ist besser geworden. Die defensive Stellung, in der sich der Gewerkschaftsbund nach zum Beginn des Jahres 1924 befand, ist aufgegeben worden, und die Exekutivkomitee konnte noch im gleichen Jahre den angestellten Organisationen die Weisung erteilen, alle auf die Verschlechterung der Lage der Arbeiter hinzuliefenden Bestrebungen der Unternehmer ohne Kompromiß zu bekämpfen. Dieser Lösung vermochten fast alle Organisationen Folge zu leisten, und zwar hauptsächlich auch auf Grund der trotz der Krise ungeschwächten finanziellen Widerstandskraft. Könnte man das gleiche von den Organisationen der anderen Richtungen sagen, so wäre die Lage der ganzen Arbeiterklasse eine bessere.

Die Mitgliederzahl der holländischen Landeszentrale stellte sich am 1. Januar 1924 auf 179 929, am 1. Januar 1925 auf 192 442. Die Organisierung der Frauen läßt leider zu wünschen übrig, indem die Zentrale nur 11 000 weibliche Mitglieder umfaßt. Was in den vergangenen Jahren eingebüßt wurde, wird nicht leicht wieder zurückerobert werden können; denn die reaktionären Mitglieder erhalten in den Unternehmerrorganisationen immer mehr die Oberhand und verdrängen die gemäßigteren Elemente. Dazu kommt die starke Konzentration unter den Arbeitgebern. Der Zentrale Industrieverband, der als die große Unternehmerzentrale angesprochen werden darf, zählt zur Zeit insgesamt 1467 Unternehmer, die insgesamt 300 000 Arbeiter beschäftigen. Hingegen gibt es unter den Arbeitern nicht weniger als 7 Zentren verschiedener Richtungen, die am 1. Januar 1925 877 000 Arbeiter umfassen.

Total-Ausverkauf

wegen Aufgabe meines Geschäfts

in allen Abteilungen

Posamenten, Kurzwaren, Tapissierartikel
Woll- und Weisswaren, Herrenartikel

Stauend billige Preise!

Otto Freyberg Petersstr. 16

Eine rentable Stilllegung.

Nationalisierungsprofite beim Baroper Walzwerk.

Eine aufschlussreiche Aufklärung darüber, wie außerordentlich gut den Unternehmern die Nationalisierung bekommt, gibt der von der letzten Aufsichtsratsitzung der Baroper Walzwerke A. L. G. E. genehmigte Entwurf des Abschlusses für das am 30. Juni 1926 beendete Geschäftsjahr. Nach dem Bericht der Verwaltung hat der Betrieb wegen dringender Erneuerungsarbeiten von Oktober 1925 bis Februar 1926, also nicht weniger als 5 Monate stillgelegen. Trotzdem ist für dieses Jahr nicht etwa ein Verlust, sondern ein Betriebsüberschuss zu verzeichnen, der für Abschreibungen verwendet wird. Bei der Wiedereröffnung des Betriebes im Februar ist die Arbeit mit einer auf 240 Mann verminderten Besatzung begonnen worden. Die Baroper Walzwerke sind zweifellos nach dem Beispiel ihrer benachbarten großen Kollegen, der Phoenix-G. E. in Hörde und der zum Phoenix-Konzern gehörigen Dortmund Union, verfahren. Beim Phoenix betrug die Besatzung vor der Nationalisierung 7000 Mann, nach der Nationalisierung 4500 Mann, bei der Union 14 000 vor der Nationalisierung, 7800 nach der Nationalisierung; vor der Nationalisierung betrug in beiden Fällen die Arbeitszeit 8 Stunden, nach der Nationalisierung 10 bis 12 Stunden. Nach diesem Muster dürfte es auch den Baroper Walzwerken gelungen sein, in sieben Monaten so viel aus dem Betrieb und den Arbeitern herauszupressen, daß sich trotz der fünf Monate dauernden Stilllegung ein Jahresgewinn ergibt.

Mit den bisher vorgenommenen Erneuerungsarbeiten ist aber das Bauprogramm noch nicht erschöpft. In der Aufsichtsratsitzung wurde beschlossen, zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Stahlwerks und zur Vornahme von Verbesserungen im Besenwalzwerk noch gewisse Beträge zu verwenden, durch die das seinerzeit in Aussicht genommene Bauprogramm vervollständigt wird. Das Berliner Tageblatt, dem wir diesen Bericht entnehmen, fügt hier folgende Bemerkung an:

„Die Bilanz weist also allem Anschein nach einen Verlust auf.“ Dem unbefangenen Leser muß es widerspruchsvoll erscheinen, daß eine Verbesserung der Betriebsanlagen, die doch eine Vermehrung des Kapitalwertes bewirkt, einen Verlust, also eine Kapitalverminderung bedeuten soll. Dieses Beispiel gibt eine lehrreiche Aufklärung darüber, was die Unternehmer und die Unternehmerpresse unter Verlust verstehen. Es handelt sich nicht um einen wirklichen, sondern nur um eine bilanzmäßigen Verlust. Wäre kein Gewinn erzielt worden, so hätte die vollständige Umstellung des Betriebes nicht vorgenommen werden können. Dieser sogenannte „Verlust“ entsteht nur dadurch, daß die im letzten Geschäftsjahre vorgenommene Betriebserweiterung noch im selben Jahre vollständig abgelehrt wurde. Um so gewaltige Abschreibungen vornehmen zu können, muß der Gewinn entsprechend hoch gewesen sein. Der „Verlust“ in diesem Jahre ist also nur die Vorbereitung für um so größere Gewinne im künftigen.

Wie die Verwaltung erklärt, ist das Werk seit mehreren Monaten unter Berücksichtigung der inländischen Kaufkraftfähigkeit und der Lage am Exportmarkt bestmöglich beschäftigt. Es verfügt über einen Auftragsbestand, der den gegenwärtigen Beschäftigungsgrad für mehrere Monate sichergestellt.

Das Baroper Walzwerk hatte in den letzten Jahren eine abwechslungsreiche Geschichte. In der Inflationszeit wurde die Aktienmehrheit durch Hugo Sinnes erworben. Nach dem Zusammenbruch des Sinneskonzerns ist sie an die Berliner Eisenhandelsfirma Wolff, Katter u. Jacobi übergegangen. Neuerdings sind Gerüchte aufgetaucht, wonach die Aktienmehrheit vom Stahltrust erworben ist oder erworben werden soll. Trotz der üblichen offiziellen Ableugnung wird schon etwas Wahres daran sein, daß der Stahltrust ein Interesse hat, sich das nach der Umstellung sicherlich modern eingerichtete Baroper Walzwerk einzuverleiben.

Deutsch-englische Wirtschaftsverständigung unter russischer Beihilfe.

Der von einer schweren Krise heimgeführte europäische Industrie-Kapitalismus macht gewaltige Anstrengungen, um die Folgen dieser Krise zu überwinden. Der kostspielige Konkurrenzkampf soll durch Zusammenarbeit ersetzt werden; daher der Zusammenschluß der kontinentaleuropäischen Großindustrie, daher auch die Annäherung zwischen deutschem und englischem Großkapital. Als eines von den Mitteln zur Überwindung der Krise wird die Beteiligung an der

Industrialisierung Sowjetrußlands angesehen. Das ist an zwei Voraussetzungen gebunden. Die eine ist die, daß die Anlage von Kapital in Sowjetrußland dauernd eine höhere Profitrate abwirft als die Investierung im eigenen Lande. Die Vorbereitungen dafür schafft die Sowjetregierung, indem sie eine „Nationalisierung“ nach deutschem Muster durchführt. Die andere Voraussetzung ist, daß die Riesentapitalmassen, die zu einer umfangreichen Industrialisierung Rußlands erforderlich wären, auch verfügbar sind. Allen Anschein nach haben die Besprechungen deutscher und englischer Großkapitalisten in Romsey den Zweck gehabt, eine gemeinsame Beteiligung am Rußlandgeschäft in die Wege zu leiten. Es klingt sehr plausibel, wenn der gut unterrichtete diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph über die Industriellenkonferenz folgendes mitteilt:

„Die Besprechungen von Romsey scheinen in einigen Punkten auch politische Bedeutung zu haben. Die Führer des deutschen Handels wünschten aus politischen und wirtschaftlichen Gründen eine engere Zusammenarbeit mit Sowjetrußland. Obgleich seinerzeit Rußland ein Kredit in Höhe von 15 Millionen Pfund seitens der deutschen Regierung eingeräumt worden ist, ist Deutschland schließlich doch nicht geneigt, wie auch nicht instand zu gewesen, ein Risiko von mehr als der Hälfte dieses Betrages einzugehen. Wiederholt hat Stresemann sich erboten, politisch eine englisch-russische Verständigung zu erleichtern. Auch die deutschen Bankiers und Industriellen, darunter einige, die an den Besprechungen von Romsey teilgenommen haben, wünschen, die britische Finanzwelt an dem russischen Geschäft beteiligt zu sehen. Krassin, der jetzt

Felix Fechenbach spricht

morgen Freitag, abends 8 Uhr, im großen Saal des Volkshauses über das Thema

Im achten Jahre der Republik.

Der Redner wird besonders die Justiz- und Zensurverordnungen behandeln.

Die Versammlung ist für Mitglieder der SPD. bestimmt. Gäste können eingeführt werden.

mit Chamberlain und den City-Bankiers Besprechungen führt. Ich finde die größten Hoffnungen auf die Aussichten einer englischen Anleihe oder englischer Kredite durch den Besuch der deutschen Industriellen zu haben. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob die Deutschen die britischen Delegierten in Romsey davon zu überzeugen vermögen, daß es ratsam sei, Mostau im gegenwärtigen Augenblick zu helfen.“

Es hat den Anschein, als ob die deutschen Großkapitalisten in Romsey nicht nur ihre eigenen, sondern außerdem die Interessen Sowjetrußlands vertreten haben. Sowjetrußland steht also der Annäherung dieser beiden mächtigsten kapitalistischen Mächte Europas mit außerordentlichem Wohlwollen gegenüber. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß die angebahnte deutsch-englische Verständigung sogar auf sowjetrussische Anregung zurückzuführen ist.

Der Geschäftsführer des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Geheimrat Kaffel, tritt allerdings bei im Daily Telegraph dargelegten Auffassung entgegen, daß die Führer des deutschen Handels den Besuch gemacht hätten, Schrittmacher für eine wirtschaftliche oder gar politische Annäherung zwischen England und Sowjetrußland gewesen zu sein.“ Er erklärte nachdrücklich, daß die Frage des russischen Handels bei den Besprechungen von Romsey nicht aufgeworfen worden ist und wies nach, daß dies schon aus dem Grunde nicht möglich gewesen sei, weil unter den Mitgliedern der deutschen Delegation kein Sachverständiger für den deutschen Handel mit Rußland war. Daß Herr Geheimrat Kaffel es bei der bloßen Ablehnung nicht bewenden läßt, sondern auch noch glaubt, einen Beweis für die Richtigkeit seiner Behauptung erbringen zu müssen, läßt diese doppelte Zweifelsart erscheinen. Mitglied der Delegation war, was nicht bestritten werden kann, Wallersteinmann, Direktor der Deutschen Bank. Die Deutsche Bank hatte bekanntlich die Führung in dem Bankentomborium, das der Träger des großen Rußlandkreditbesitzes ist. Herr Wallersteinmann dürfte also über die in diesem Fall entscheidende Frage, nämlich über die Finanzierungsfrage, nicht schlecht unterrichtet sein. Man darf also wohl annehmen, daß nicht die Ablehnung Kaffels, sondern die Behauptung des Daily Telegraph richtig ist. Es ist nichts Neues, daß die russische Außenpolitik mehr und mehr von dem Bedürfnis nach Kapitaleinfuhr bestimmt ist und daß deshalb längst an die Stelle des Kampfes gegen den britischen Imperialismus die Anbiederung an das britische Kapital getreten ist. In diesem Zusammenhang ist von wesentlicher Bedeutung, daß sich die Sowjetregierung der deutschen Großkapitalisten als Vermittler bedient, um diese Annäherung zu erreichen. Sie hilft also, die Einheitsfront des europäischen Großkapitals herzustellen und reißt sich selbst in diese brüderliche Einheitsfront ein.

Aufbau der Dividende. — Abbau der Beamten.

In der Aufsichtsratsitzung der Commerz- und Privatbank wurde die für die Aktionäre erfreuliche Mitteilung gemacht, daß der Geschäftsgang in allen Teilen erfreuliche Fortschritte aufweist und daß voraussichtlich für das laufende Geschäftsjahr mit einer höheren Dividende gerechnet werden kann. Die vorjährige Dividende war 8 Prozent, also immerhin so reichlich, daß die Aktionäre keinen Grund hatten, mißvergnügt zu sein. Gerade die Commerz- und Privatbank hat in letzter Zeit wieder zahlreiche Entlassungen vorgenommen, und zwar gerade von solchen Beamten, die jahrzehntelang im Amte gewesen sind und denen es schwer fallen dürfte, anderswo unterzukommen. Diese Maßnahmen sind, wie die in der Aufsichtsratsitzung gemachten Mitteilungen zeigen, keineswegs etwa durch Verschlechterung der geschäftlichen Lage bedingt — im Gegenteil, sie werden vorgenommen, obwohl die große Geldflüssigkeit und die Vertrustungsmitteln den Banken erhöhte Umsätze und erhöhte Spekulationsgewinne verschaffen. Würde etwas weniger Rücksicht auf das Wohlwollen der Aktionäre genommen, so könnte etwas mehr Rücksicht auf die ohnehin schlecht bezahlten Angestellten genommen werden.

Spil, Sport, Körperpflege

Baden und Schwimmen im Winter.

Mit Anbruch des Herbstes mehren sich die Erkältungskrankheiten. Die Menschen sind dabei leicht geneigt, sich mehr als gewöhnlich und gut ist mit Kleidungsstücken auszustatten. Eine ganz falsche Maßnahme. Der Oberkörper ist bis zum Halsschilde mit Kleidungsstücken überladen, während Beine und Füße, der lieben Mode wegen, nur mit dünnen Strümpfen und leichten Schuhen bekleidet, die Ursache bilden zu häufigen Erkältungen. Sogar man sich fröstelnden Geschöpfen, daß sie baden und schwimmen gehen sollen, dann quittieren sie die Aufforderung mit lächelndem Spott. Durch die übertriebene Bekleidung im Winter wird dem Körper die Zufuhr von frischer Luft erschwert. Die Haut weilt, verliert an Elastizität und Elastizität, Stoff- und Blutwechsel werden unterbunden — und der Mensch fühlt sich unwohl, er ist krank.

Es gäbe kein besseres Mittel zur Heilung als Baden und Schwimmen, wenn Vorurteile und Unkenntnis über die Körperbehandlung so leicht zu belegen wären. Das wöchentliche Bad, auch im Winter, ist eine gesundheitliche Pflicht erster Ordnung. Wer gar die notwendige Reinigung mit der Leibesübung „Schwimmen“ verbindet, empfängt doppelten Lohn für Geist und Körper. In leiblicher Harmonie werden dabei Glieder und Muskeln betätigt. Für den oft verhärteten und verblödeten weiblichen Körper, sowie den sich im Wachstum und in der Entwicklung befindlichen Körper der Kinder ist Schwimmen die idealste Hebung des Leibes. Nun gibt es leider noch viele Eltern und Erzieher, die die im Herbst vorkommenden Erkältungen dem Baden und Schwimmen zuschreiben. Ein ungerichtetes Vorurteil. Bei sachgemäßer Aufklärung über die Baderegeln und der nötigen Anleitung ist die Widerlegung solcher Ansichten eine ziemlich leichte. Wer sich nach dem Bade ordentlich abtrocknet und frotiert, danach sich mit flotten Fußmärtchen heimwärts in die nötige Bewegung setzt, wird immer ein wohlgesundes und prächtiges Behagen spüren; blaue Augen und rote Wangen zeigen die gewonnene Frische des Körpers und die vom Baden und Schwimmen gesäuberten Lungen atmen tief und gern die klare und staubfreie winterliche Luft.

Gerade im Winter, wo viele Menschen keine sonstige Freizeitsbewegung haben, sollten sie baden und schwimmen. Des Wassers Kraft, dieser urreiche Heilquelle, gewährt immer und immer wieder Geist und Körper allerbeste Pflege und Entfaltung.

J. S., Dresden.

Kränze und Siegerehrung in der D. T.

Die Deutsche Turnerschaft hat bestimmt in Leipzig ihren Höhepunkt überschritten. Die Aktivität läßt nach, auch die früheren Zugmittel (die sogenannten Siegerehrer) sind veraltet. Es gibt jetzt sogar in der Deutschen Turnerschaft Leute, die gern auf Kränze und Auszeichnungen verzichten. Das ist schlimm, sogar sehr schlimm, denn wer einen solchen Kranz erhalten hat und schmückt nicht sein ehrwürdiges Haupt damit, ist eben kein echter deutscher Leipziger Turner. Um so schlimmer aber ist es, wenn eine „rührige“ Vereinsleitung für ihre Sieger Kränze bestellt hat, die „ihres gleichen“ bei gauoffenen Veranstaltungen zu sehen dürfen.“ Also besonders auserlesene Ware hat die Vereinsleitung bestellt, und trotzdem haben es einige Sieger vorgezogen, dieser Siegerehrung fernzubleiben. Das ist schlimm, das gleicht einer Revolte und läßt vermuten, daß diese Sieger innerlich mit der Deutschen Turnerschaft gebrochen haben und es in bezug auf „Auszeichnungen“ mit den Arbeiterparteilern halten. Solche Leute dürfte die D. T. in ihren Reihen nicht mehr dulden. Werft diese Leute raus, wie man früher die Gewerkschafter und Sozialdemokraten ausgepfloffen hat. Wer mit den Grundprinzipien der D. T. gebrochen hat, hat in der D. T. nichts mehr zu suchen.

L.-Schleuwig. Turn-, Spiel- und Sportverein.
Freitag, den 15. Oktober im Tanzsaal „Gistertal“
Einlaß 7 Uhr. — Hierzu ladet ein Der Vereinsrat.

Diese Woche: **Gefrier-**
Sammelfleisch 90
Pfund

Frisches Kalb- und Schweinefleisch billiger!

Harte Knackwurst 2.20
Dauerware Pfund

Land-Leberwurst und -Blutwurst Pfund 1.00

Jeden Mittwoch: Frische Blut- und Leberwurst mit Wurstsuppe Portion 28 ¢



Konsumverein
Leipzig, Magwitz und Umgegend

E. G. m. b. H. - Abt. Großfleischerei
Warenabgabe nur an Mitglieder
Mitglieder-Aufnahmen in jeder Verteilungsstelle

Delikatessen

Fleischsalat ½ Pfund 35 ¢

Delikateß-Sülze ½ Pfund 30 ¢

Sülzkotelett Stück 60 ¢

Napfsülze Stück 35 ¢

Alle Wurst- und Aufschnittwaren sind auch in den Kolonialwaren-Verteilungsstellen zu haben

Keine Verurteilung im Böhme-Prozess.

Das Verfahren eingestellt.

Der Dreifache Mordprozess gegen den Sanitätsrat Böhme fand am Mittwochnachmittag nach vierstündiger Beratung des Gerichts seinen Abschluß in einem Urteil, durch das das Verfahren als eingestellt erklärt wird und die Kosten der Staatsanwaltschaft auferlegt werden.

Der Staatsanwalt, der die Anklage während der fünfjährigen Verhandlung in erster Reihe vertreten hatte, war am letzten Tage nicht mehr erschienen, sondern hatte das Präsidium seinem jüngeren Kollegen überlassen. Der Vertreter der Anklage gab zu, daß entgegen der Vorunternehmung in der Hauptverhandlung der Indizienbeweis nicht völlig geklärt sei, weil die Hauptzeugin, die Landarbeiterin Schaffrath, ihre Aussage aus der Vorunternehmung nicht aufrecht erhielt. Da sie bei der Ortsbesichtigung ihre Aussagen noch weiter einschränkte, müsse sie als Belastungszeugin überhaupt ausscheiden. Bei fahrlässiger Tötung müsse das Verfahren wegen Verjährung eingestellt werden. Die Ansicht der Staatsanwaltschaft sei, daß gegen Dr. Böhme zwar schwerster Tatverdacht weiter bestehe, daß aber der Indizienbeweis nicht als geklärt betrachtet werden könne. In seinem letzten Wort erklärte Dr. Böhme: „Ich fühle mich unglücklich. Ich bin das Opfer einer Kette unglücklicher Ereignisse. Ich bitte, mich von dem Mordverdacht zu reinigen.“

Schluß der Beweisaufnahme.

Zu Beginn der Dienstag-Sitzung gab Landgerichtsdirektor Dr. Kurlitz eine Erklärung über die am Sonnabend stattgefundene Geheimprüfung ab, die Anlaß zu den wilden Gerüchten gegeben habe. Im Namen des Gerichts erklärte er, daß in der Sitzung ein Vortrag des Angeklagten aus dem Felde erfolgt sei, über eine Handlung, die leicht zu Mißdeutungen hätte Anlaß geben können. Dann wurde als Zeuge Revierförster Winter nochmals aufgerufen und befragt, ob es außer der Stelle am Radenkstein noch andere Möglichkeiten gebe, wo man von steilen Felswänden 100 bis 200 Meter tief hätte hinabstürzen können. Der Zeuge bejahte dies, jedoch lägen diese Stellen weiter entfernt. Weitere Zeugen ver-

mögen nichts wesentliches auszusagen. Das Gericht vernahm hierauf eine Schwägerin der Erschossenen, Wönisch, die bekundete, daß vierzehn Tage vor dem Tode ihrer Schwägerin der Sanitätsrat im Landhause zu Großröhrsdorf erklärt habe, er habe an einer bestimmten Stelle einen Rehbod gesehen. Er wollte wieder dorthin gehen und versuchen, das Tier zu erlegen. Ihre Schwägerin sei ahnungslos mitgegangen. Nach kurzer Zeit sei sie allein und ganz aufgeregt zurückgekommen und habe gesagt, daß ihr Mann sie von einem Felsen in die Tiefe habe stürzen wollen.

In der Nachmittagsverhandlung stellte Staatsanwalt Hartmann fest, daß Dr. Böhme in seiner Gefängniszelle aus Papler eine Gewehrpatrone gemacht habe, mit der er „Stolzverübungen“ vorgenommen habe. Dr. Böhme gibt das nach anfänglichem Ausweichen zu und meint, daß er solche Übungen tatsächlich gemacht habe, um dem Verteidiger die damalige Situation recht anschaulich zu machen. Das Gericht vernahm noch eine Anzahl Neumundzeugen. Dann verlas der Vorsitzende Briefe des Angeklagten an seine Frau aus dem Felde. Damit war die Beweisaufnahme geschlossen.

Der Orkan in der Nordsee.

Der Sturm, der sich am Dienstag tagsüber gelegt hatte, nahm abends an Stärke wieder zu.

Auf Helgoland

ging das Wasser bis ans Kurhaus. Da das Bollwerk durch den letzten Sturm stark beschädigt war, so wurden größere Flächen fortgerissen. Der während des Krieges aus Eisenbeton gebaute Kommandeurentwurf auf der höchsten Stelle der Düne ist abgestürzt. Die Düne droht durchzubringen. Das vor dem Kriege für das verunglückte Marineflottillenkommando errichtete Denkmal, das mitten in den Dünen stand, ist ins Meer gestürzt. Der gänzliche Verlust der Helgoländer Düne rückt in den Bereich der Möglichkeit. Auch der Helgoländer Nordstrand hat schwer gelitten und erneut viel Boden ver-

loren. Das Hafengelände war wiederum überschwemmt. Der neu angelegte Sportplatz ist zerstört.

Aus dem Regierungsbezirk Stade kommt die Meldung, daß dort an vier Stellen der Deich gebrochen ist. In Hamburg und Altona traten wieder große Ueberschwemmungen ein. Auch auf den Flugverkehr wirkte sich der Sturm fühlbar aus. Die von Kopenhagen nach Hamburg gecharterte dreimotorige Junkersmaschine mußte in Oldenburg bei Lübeck landen. Auch die von Kopenhagen nach Berlin bestimmte Maschine mußte ihren Flug unterbrechen. Wie das Hufener Eisenbahnbetriebsamt mitteilt, ist die Strecke Rendsburg-Hufener zwischen den Stationen Hufener und Christiansholm überflutet.

Schiffe in Not.

Der Hauptvorstand der Reedereivereinigung für die holländische Fergingsschifferei hat wegen der großen Unruhe, die an verschiedenen Fährereisplätzen über das Los der noch auf See befindlichen Fährereiskutter entstanden ist, an den Marineminister ein Telegramm mit der Bitte geschickt, sofort die Kommandanten aller holländischen Fährereiskreuzer und Marinekreuzer zu beauftragen, über alle von diesen Schiffen gestrichelten Fährereiskutter sofort auf drahtlosem Wege Mitteilung zu machen.

Der in Cuxhaven eingekommene Fischdampfer Senator Schäfer schiele nordlich von Feuerstuhl Elbe I einen Dampflogger in Ankerdem Zustand. Der Logger wurde plötzlich durch eine Grundsee in die Tiefe gezogen.

Ausländische Bahnkatastrophen.

Sugauammenloß in Polen.

Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich in der Nacht zum Mittwoch kurz nach Mitternacht auf der neuen polnischen Strecke Scharles-Charzow in unmittelbarer Nähe der Station Scharles-Charzow. Ein Personenzug und ein Güterzug stießen infolge falscher Weichenstellung zusammen. Der Anprall war so stark, daß der Personenzug und mehrere Güterwagen auf die Weichen geschoben wurden.

Das Unglück ist auf die Unachtsamkeit des Signalwärters zurückzuführen, der, trotzdem sich ein Güterzug auf dem Gleis befand, dem

Für Blutarme, für alle die geistig arbeiten und für jeden, der einer Kräftigung bedarf:
zum Frühstück **Knorr Haferflocken**



Gute Reklame
durch das
Insertieren in
der Leipziger
Volkszeitung
bringen
Gute Geschäfte

Auf Kredit
Schlafzimmer
Küchen
an 3. März 1926
Scherbel
Katharinenstr. 20

bei
40% Teilzahlung
kleiner Anzahlung
erhalten Sie
Anzüge
Herren-
Paläto
Reg. Mit.
Damen-
Kleider
Mäntel
Kostüme
Pelze
Schuhwaren
Leib- und Bett-
wäsche, Teppiche
Gardinen
Stoppdecken
Tischdecken usw.
Kurprinzstr. 5
M. Rath & Co.
G. m. b. H.
Bequeme
Abzahlung

Für Feinschmecker

Stern-Butter
Garantiert reine Naturbutter
Plagwitz Dampfmolkerei
Otto Zeising, Fernruf 40776

Anerkannt beste Tafelbutter
In den meisten ein- und auch durch Plakate kenntlichen Lebensmittelgeschäften stets frisch zu haben
Auf Anfrage weisen Verkaufsstellen nach.

An alle Puppenmütterchen von Leipzig und Umgegend

Ihr lieben Puppen-Mütterlein fehlt euren Puppen Kopf, Arm oder Bein, sind ihre die Glieder, Strümpf und Schuh auch entwei, die Puppe unmodern und was sonst mancherlei Gift zur Puppenlinik mit all eurem Leib. Dort ist man zu jeder Hilfe bereit.
Erstes Leipziger Puppen- und Spielzeug-Geschäft
Agnes Wolff, Grimm, Steinweg 14, I.

Reformbetten
Holzbetten
Ränderbetten
Chaiselongues
Anliegematratzen
Anzahlungs- und Abzahlungsmatratzen
Sofortige Lieferung
Kein Ausschlag!
Sofmann
Leipzig, Reudnitz
Kapellenstraße 9a.

Albert Friedrichsohn Wild- und Geflügelhandlung

Reichstraße 15 - Kochs Hof - Tel. 26881
empfiehlt jetzt wieder täglich frisch:
Va. Dresdner und Brager Mastgänse
H. Gänserlämpfe, halbe und viertel Gänse, Gänseenten, Gänselein, Gänseleber, Vögel, Darm- und Hautfett.
H. ja. Enten, Hähnchen, ja. Tauben, teile Kochhühner.
1a frische Rehkeulen
frisch geschossene Hasen, getreilt und gelüftet.

Nur noch 3 billige Tage guter Wecker.

1 Jahr Garantie!

Nr. 569. Einfache Ausführung Mk. 3.80
Nr. 535. Der gute Gebrauchswecker, staubdicht Mk. 4.50
Sämtliche Wecker auch nachts leuchtend 1.- Mark Aufschlag.
Einen billigen Wecker zu kaufen (sogenannte Bestware) empfiehlt sich nicht, da billige Ware nie Qualitäts-Erzeugnisse sein können, mein guter Gebrauchswecker Nr. 535 verzögert infolge seiner hervorragenden Qualität jahrzehntelange Lebensfähigkeit, da er völlig staubdicht und solid im Gehäuse ist. Sein Acustor ist gefällig und ansprechend, deshalb immer bevorzugt.
Nr. 832. Rotes Gehäuse 5.80
Nr. 833. Rotes Gehäuse, große Glocke 6.30
Herm. Herrmann, Uhren-Spezial-Geschäft
Leipzig, Petrosstraße 2 (Stecknuss-Durchgang)
(Mitglied u. Verkaufsstelle der „Ankra“ Einkaufs- u. Garantieges. Deutscher Uhrmacher.)

Konsumverein G. Magdow

Lebensmittel preiswert und gut!

Schmalz 1a Qualität Pfd. 0.90
Dän. Butter feinste Butter der Welt Pfd. 1.15
Molkerei-Butter 1a Qualität Pfd. 1.05
Schweizerkäse allerfeinster echter Pfd. 1.80
Emmentaler Käse ohne Rinde, sehr wohlschmeckend Pfd. 2.00
Deutscher Käse lang u. rund, Steck 0.10-0.13
Limburger Stangenkäse Pfd. 0.72
Eier Stck. 0.14
Eier frische Landeier Stck. 0.16
Tafel-Oel Pfd. 0.80
Oliven-Oel Pfd. 1.40
Neue gr. Vollheringe Schotten Stck. 0.17
Neue saure Gurken Pfd. 0.36
Neues Sauerkraut Pfd. 0.10
Kartoffeln gelbfleischig Pfd. 0.05 1/2
Weißkohl Pfd. 0.05
Rotkohl Pfd. 0.10
Möhren Pfd. 0.08
Zwiebeln Pfd. 0.06
Himbeersirup eig. Herst., m. Fl. ca. Pfd. 0.80
Himbeersirup eigene Herstellg., lose Pfd. 0.70

Reiche Auswahl in Konditorei- und Süßwaren
Warenabgabe nur an Mitglieder!

Gegen Ausweis an
Erwerblose und Kurzarbeiter
Schweinefleisch Pfd. 88 Wfa.
Tafel-Margarine Pfd. 58 Wfa.
Molkerei-Butter Stck. 85 Wfa.
Reißer Müllkaffee, 1/2 Pfd. 65 Wfa.
Reißer Malakaffee, 1/2 Pfd. 24 Wfa.
Sehr guter Kakao Pfd. 58 Wfa.
F. M. Reune, Butterhandlung
Leipzig-Anner, Cichoriusstraße 2.

Moderne, nur solide
Fußbekleidung
in höchster Vollendung
Schuhe
für empfindliche Füße
Original Oechelzer
Filzschuhe
in großer Auswahl
Bruno Hesché
Leipzig, Eisenbahnstraße 60.



Mitglieder, fördert eure Genossenschaft

Gummikleber

Spezial-Haus
für modischen zerdrückten
Decken
Leipzig
Hauptstraße 77/79

Promptus

Spezialanstalt für Schuhreparaturen
Leipzig, Querstr. 19, I
Fachmännische Qualitätsarbeit
kompl. Damenschuhbesohlg. v. 3.00 an
kompl. Herrenschuhbesohlg. v. 4.00 an

In den englischen Kohlenfeldern.

Von Heinrich Braune.

London, im Oktober 1926.

55. Russell Square.

In der Exekutive der Bergarbeiter-Federation Großbritanniens...

Drinnen tippen die Stenotypistinnen unentwegt die letzte Entschickung für die Direktoren...

„Wo don't know, what happen? Wir wissen nicht, was los ist...“

Das Tor für South Wales ist Cardiff. Das ist eine große Stadt, die wohl über eine halbe Million Menschen beherrscht...

Bei den streikenden Bergarbeitern von South Wales. South Wales ist ein herrliches Land. Gleich, wenn der Zug Cardiff verlassen hat...

So beginnen die Kohlenfelder. Die grünen Waldhänge verschwinden, mit trüblichen Gläsen stehen die runden Bergspitzen...

„Arbeite gar feiner?“ „Nobody, only the safety-men. Kein einziger, nur die Sicherheitsleute.“

Jeden Tag erhalten sie durch die Lokalkomitees einmal ein Essen. „Es ist nicht viel mehr als eine Suppe...“

mit über Cardiff von London 3000 Pfund, in die sich 40 000 Menschen teilen...

„Aber sie sind unsere besten Kämpfer, they determine to carry on...“

Währenddessen spielte sich im Jahr eine kleine, schmerzhaft langsame Szene ab...

Drinnen treffen wir jetzt Kinder, die zu den Schuh-Reparaturwerkstätten...

Der Abend sinkt hernieder über dieses gesündene Land. Im Dunkel der Straße...

Freigeistige Literatur.

Mancher Leser wird sich noch eines vor kurzem im Feuilleton der V.Z. erschienenen Beitrags...

Die Zeiten sind vorbei, in denen das deutsche Bürgertum der Träger einer freigeistigen Weltanschauung war...

Einen breiten Raum im Verzeichnis nimmt natürlich die Rubrik 4, „Kampf gegen die Kirche“...

Solange der deutsche Buchhandel nicht daran denkt, ernstlich den geistigen Bestrebungen der Massen Rechnung zu tragen...

Druckfehler.

Von Alfred Polgar.

In der Fremde, der fortrigierenden Vaterhand entbehrend, erleidet Geschriebenes...

Manches kann ich mir ja erklären, zum Beispiel das mit den Beiträgen...

„Aber wie ist das mit den Abfällen? Wie kommt es, daß sie im Druck ganz so anders stehen...“

So ein Schriftsetzer hat es ja, das gebe ich zu, nicht leicht. Man zwingt ihm oft Sachen auf...

Zu strengem Scheitern ist auch das Unternehmen verurteilt, ein „Kompliment“ in die Zeitung schmuggeln zu wollen...

Im allgemeinen will ich über Druckfehler nicht klagen. Ich bin kein Pedant...

Wir Schriftsetzer sollten über Druckfehler nicht klagen. Mancher von uns dankt ihnen...

Laßt die Druckfehler! Man weiß nicht, wovon man tief wird.

Kleine Chronik.

Erstes Synchronkonzert des WZ. Bei den billigen Preisen von 40 bis 75 Pfennigen konnte man annehmen...

Filmchau.

Ein Mysterium aus dem Hafenviertel Hamburgs soll das Geheimnis von St. Pauli sein...